

Der Hoch-Verrat gegen die DDR!

Von oben:



„Wie die Volkskammer den Untergang der DDR beschloss...“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/vor-30-jahren-wie-die-volkskammer-den-untergang-der-ddr-beschloss-16915126.html>

und unten:



Grenzöffnung am Potsdamer Platz am 12. November 1989 Foto: Stephane Duroy / Agence Vu / LAIF

Durchbruch des antifaschistischen Schutzwalls Berlin 1989 – „Die wissen nichts!“

Quelle: <https://www.spiegel.de/kultur/die-wissen-nichts-a-013fecef-0002-0001-0000-000073989847>

Inhaltsverzeichnis

- 1. „NATO, Krieg, Kapitalismus: Erich Honeckers letzte, prophetische Rede 1989“:
Seite 3 - 6
- 2. Verrat der UdSSR- Jelzin- Regierung an der DDR! Seite 7 - 12
- 3. Die Rachejustiz der NATO- BRD: Seite 13 – 19
 - 3.1 Die Kontinuität der BRD-Justiz mit der NS -Vergangenheit auch am Beispiel von Erich Honecker:
- 4. Erich Honecker im Exil: Seite 20 – 22
- 5. Beispiele für den Hoch-Verrat an der DDR durch das eigene Volk! Seite 23 – 24
 - 5.1 „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ in Torgau Juli 2025:
 - 5.2 Der alltägliche Nazismus auf dem Gebiet der DDR - Beispiel Wittenburg am 8.08.2025:
- 6. Das verfassungsmäßige Recht der DDR ist weiterhin gültig! Seite 25 - 29
- 7. Die Nichtigkeit des sog. „2+4 Vertrages“! Seite 30 - 35
- 8. *Ergebnis des HOCH-VERRATs gegen die eigene Heimat: Seite 36 – 37
- 9. Was bedeutet Entnazifizierung? Seite 38 – 50
- 10. Ergebnis zur Durchführung der Beschlüsse aus Potsdam und Jalta: Seite 51 – 54
- 11. Die neue Deutsche Demokratische Republik! Seite 55
- 12. Die Neue Welt-Ordnung des göttlichen Friedens! Seite 56 – 57
- 13. DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE KULTURREVOLUTION! Seite 58 - 60



Barbarossa 2.0 „Wir. Dienen. Deutschland.“

1. „NATO, Krieg, Kapitalismus: Erich Honeckers letzte, prophetische Rede 1989“

2. August 2025



„Am **6. Oktober 1989** hielt Erich Honecker – stimmlich eher unbegabt, dafür gewohnt kämpferisch – eine Rede zum 40. Jahrestag der DDR. Der "erste sozialistische Staat auf deutschem Boden" stand da schon kurz vor der Annexion durch die BRD. Seine Worte? Wollte damals schon keiner mehr hören. Auch wir nicht. Unsere Aufmerksamkeit gehörte David Hasselhoff.

Heute ist es – erstaunlicherweise – genau umgekehrt. 😊

Wer sich Honeckers Sätze heute anhört und sie mit dem vergleicht, was von der aktuellen deutschen Führung kommt, kann mitunter besser verstehen, warum sich viele Ostdeutsche über 30 Jahre nach der sogenannten "Wende" fragen:

War das eigentlich der richtige Weg?
Bin ich **dafür** 1989 auf die Straße gegangen?

Erich Honecker anlässlich des 40. Jahrestags der DDR (6. Oktober 1989):

"Unsere Republik gehört heute zu den **zehn leistungsfähigsten Industrienationen der Welt**, zu den knapp zwei Dutzend Ländern mit dem höchsten Lebensstandard. Und vergessen wir dabei nicht, dass der Wohlstand hierzulande weder aus der Erde sprudelt **noch auf Kosten anderer** erreicht wurde.

Mit unseren Händen und Köpfen haben wir das zuwege gebracht.

Im Westen, wo das Potsdamer Abkommen mit Füßen getreten wurde, war, ohne das Volk zu fragen, ein Separatstaat entstanden. Dort wurde die Restauration der **alten Gesellschaft in Gang gesetzt, der Aufbau der neuen Wehrmacht mit den alten Generalen für die NATO** vorbereitet. Die Vergangenheit blieb unbewältigt. (...)

Der Jugend Vertrauen und Verantwortung, das ist unsere, das ist die bessere Welt. Wer nach Sinnerfüllung im Leben strebt, der wird den faulen Zauber, der da drüben glänzt, schnell als das Erkennen, was er ist. **Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und soziale Unsicherheit**, welche die moderne Technik in der BRD begleiten, gibt es bei uns weder heute noch in Zukunft. Es ist eine Perversion der Menschenrechte, wenn **ein Drittel oder ein Viertel, oder welcher Teil der Gesellschaft auch immer, ins Abseits gestellt und ausgegrenzt** wird.

Ohne Kapitalisten geht es uns besser!

In 40 Jahren DDR summiert sich zugleich die vierzigjährige Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus. Der Sozialismus auf deutschem Boden ist ihm so unerträglich, weil die vordem ausgebeuteten Massen hier den Beweis erbringen, dass sie fähig sind, **ihre Geschicke ohne Kapitalisten selbst zu bestimmen**. (...)

Das Leben in unserem Lande, wie auch die internationalen Ereignisse, stellen in unserer Zeit Fragen, die der klaren Antwort von einer festen Position aus bedürfen. Unsere Position leiten wir nicht von einem der **Revolverblätter der BRD oder des dortigen Rundfunks und Fernsehens** ab, sie ergibt sich aus (...) den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Eine feste Grundlage unserer ökonomischen Strategie ist die immer tiefere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion geht einher mit millionenfachen Begegnungen zwischen den Bürgern beider Länder. Wer erinnert sich nicht jener faszinierenden Begegnung der "besonderen Art" im Jahre 1978 zwischen **Sigmund Jähn und Waleri Bykowski** im Orbit?

Dank unserer Freundschaft war der erste Deutsche im All eben ein Bürger der DDR.

Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen, dieses Bekenntnis entspricht einer entscheidenden Lehre aus der Vergangenheit. Es wurde bei uns zur Staatspolitik. Wir haben es allem obenan gesetzt, was wir bisher taten und weiterhin tun werden. Und dann der Beginn der 80er Jahre, die **neuen Raketen in der BRD und anderen NATO-Staaten**. In schwieriger Situation haben wir gesagt:

JETZT ERST RECHT FÜR DEN FRIEDEN!

Als die atomare Bedrohung durch die neuen Waffen eskalierte, da forderten wir: **Das Teufelszeug muss weg!**

Welches Ziel wäre humaner als die Bewahrung der Menschheit vor einer Vernichtung in einem atomaren Inferno, als die Verbannung der Kriege aus dem Leben der Völker. **Durch Abrüstung wird es möglich sein, gewaltige Mittel freizusetzen, die der Lösung solcher globalen Probleme zufließen können: Unterentwicklung, Hunger, Analphabetentum.** Nicht zuletzt wird es möglich sein, den Schutz der natürlichen Umwelt zu fördern!"



Abbildung: Ein Bild, das jeder DDR-Bürger kennt. Aus dem Kindergarten, der Schule, aus LPG's und Betrieben. Am Ende verlacht, verfolgt und abserviert. Das blieb vom letzten Lenker und Steuermann der DDR.

Wer war dieser Mann?

🍌🍌 Erich Honecker – Ein Leben für den Sozialismus 🚩

Erich Honecker (1912–1994) war ein deutscher Politiker, der als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED von 1971 bis 1989 die Geschichte der **Deutschen Demokratischen Republik (DDR)** maßgeblich prägte. Früh politisiert, trat er bereits mit 14 Jahren dem Kommunistischen Jugendverband bei und wurde später wegen seines antifaschistischen Widerstands **von den Nazis über zehn Jahre inhaftiert**.

Nach 1945 wirkte Honecker am Aufbau eines neuen (sozialistischen) Deutschlands mit. Unter seiner Führung erreichte die DDR in den 1970er Jahren eine Phase von Stabilität, sozialen Ausbaus und internationaler Anerkennung. Millionen Menschen profitierten vom Recht auf Arbeit, kostenloser Bildung, medizinischer Versorgung und einer geregelten Grundversorgung – Errungenschaften, die durchaus bis heute als soziale Meilensteine gelten.

* ▼ **Kritisch betrachtet** muss Honecker jedoch auch für die politische Erstarrung, die mangelnde Reformbereitschaft und die Repression gegenüber Andersdenkenden in der späten DDR-Zeit Verantwortung übernehmen. Gerade in den 1980er Jahren wirkte seine Führung zunehmend realitätsfern – Reformbewegungen im eigenen Land und Signale aus der Sowjetunion blieben weitgehend ungehört.

Trotz innerer Spannungen und wachsendem Reformdruck hielt Honecker bis zuletzt an seiner Überzeugung fest, dass ein friedlicher, solidarischer Sozialismus möglich sei. Sein Leben steht für einen unbeirrbaren Glauben an soziale Gerechtigkeit und für die Hoffnung auf eine Welt jenseits von Ausbeutung und Profitstreben. Er starb 1994 im Exil in Chile – verarmt, krank, aber bis zuletzt überzeugt von seiner Sache.



Abbildung: Am 25. August 1912 in Neunkirchen im Saarland als Sohn des Bergarbeiters geboren, hat Honecker drei Geschwister. Seit 1922 gehört er der kommunistischen Jugendorganisation "Jung-Spartakus-Bund" an. Nach dem Schulbesuch beginnt er eine Dachdeckerlehre, die er allerdings im Sommer 1930 abbricht, als er für ein Jahr auf die Lenin-Schule nach Moskau geht. Erich Honecker ist Mitglied im Arbeiterturn- und Sportverein "Fichte" sowie in der Roten Jungfront des Roten Frontkämpferbundes, engagiert sich im Jugendverband (KJVD) und tritt der KPD bei.“

Quelle: https://kosmonautshop.com/blogs/blog-staatsburgerkunde/nato-krieg-kapitalismus-honeckers-letzte-prophetische-rede-1989?fbclid=IwY2xjawMA6ZleHRuA2FlbQlxMQABHiwC6tB_WpNnAJnj7nnxcBONdtMss6by-baPR0na0C-AKqCZXE1hKxX4bzIG_aem_2d6Ric7k5fiPIA5dBCyF8A&sfnsn=scwspmo

2. Verrat der UdSSR- Jelzin- Regierung an der DDR!

Nach Gorbatschow folgt der nächste Verrat gegen die DDR:



Vor die Tür gesetzt: Am 29. Juli 1992 zwang der neue chilenische Sonderbotschafter James Holger (rechts) Honecker zum Verlassen der diplomatischen Vertretung. Honecker ballte die rechte Faust zum Rotfront-Gruß, bevor er zum Flughafen Wnukowo gebracht und von dort nach Berlin geflogen wurde. Ehefrau Margot (links), ehemalige Bildungsministerin der DDR, reiste unmittelbar darauf nach Chile.

Quelle <https://www.spiegel.de/fotostrecke/honeckers-haftentlassung-letzte-ausfahrt-chile-fotostrecke-156569.html>

„Freiheit für einen Todgeweihten: Im Jahr 1993 wurde Erich Honecker aus der Untersuchungshaft entlassen. Damit endete ein umstrittenes Gerichtsverfahren, in dem sich der Ex-SED-Chef unbelehrbar zeigte. Doch auch der Richter und ein selbsternannter Wunderheiler machten den Prozess zur Farce.

Von [Christoph Sydow](#) 11.01.2013, 14.53 Uhr

Seine letzten Meter auf deutschem Boden legt Erich Honecker in einer Mercedes-Limousine zurück. Am 13. Januar 1993 schließen sich die Gefängnistore in Berlin-Moabit hinter dem einstigen Staatsratsvorsitzenden der DDR zum letzten Mal. Der 80-Jährige, schwer krebserkrankt und dem Tode geweiht, ist ein freier Mann. Die Luxuskarosse aus Stuttgart, Inbegriff des Kapitalismus, den Honecker zeit seines Lebens bekämpft hat, bringt ihn zum Flughafen Tegel. Um 20.25 Uhr hebt der Freigelassene mit einer Lufthansa-Maschine ab. Nach einem kurzen Zwischenstopp in Frankfurt am Main setzt er seine Reise über Sao Paulo ins chilenische Exil fort. Dort empfängt am nächsten Tag Ehefrau Margot den ehemaligen Staatschef, der angeschlagen, aber aufrecht die Gangway hinabsteigt. Mit Honeckers Haftentlassung endet einer der spektakulärsten Prozesse der Nachkriegszeit

ohne Urteil. Der langjährige SED-Chef war das erste und bislang einzige deutsche Staatsoberhaupt der Geschichte, das sich vor Gericht verantworten musste. Das Verfahren in Moabit war hoch umstritten. Die Staatsanwaltschaft warf Honecker und seinen Mitangeklagten Totschlag in 68 Fällen vor, weil sie den Ausbau der Grenzanlagen an der deutsch-deutschen Grenze und der Berliner Mauer angeordnet hätten. Gegenstand der Hauptverhandlung waren schließlich zwölf Fälle von Totschlag. Viele Bürger der untergegangenen DDR, allen voran die Hinterbliebenen der Mauertoten, erhofften sich von dem Prozess Gerechtigkeit und Genugtuung. Gleichzeitig bezichtigten zahlreiche Menschen das Gericht der **Siegerjustiz**. Selbst Gegner des SED-Regimes kritisierten den **Prozess als Farce**, da Honecker wegen seiner fortschreitenden Krebserkrankung das Urteil ohnehin nicht mehr erleben würde.

Dass es überhaupt zu dem Verfahren vor dem Landgericht Berlin kommt, ist das Ergebnis einer List russischer Ärzte. Nach dem Sturz des SED-Regimes sind aus dem einstmaligen ersten Paar des Arbeiter- und Bauernstaats nämlich die letzten Botschaftsflüchtlinge der DDR geworden. In der chilenischen Vertretung in Moskau wollen sich Honecker und seine Frau seit Dezember 1991 dem Zugriff der deutschen Justiz entziehen. Die Bundesregierung erhöht jedoch den Druck auf die Regierungen in Moskau und Chile und fordert Honeckers Auslieferung.

(UdSSR) Ärzte stellen Honecker als Simulanten dar. Ein dubioses medizinisches Gutachten liefert den gewünschten Anlass für seine Ausweisung: Nach einer Untersuchung des Ex-Politikers mit einem Computertomographen kommen russische Ärzte zu dem Schluss: "Werte für einen herdförmigen Befall der Leber wurden nicht festgestellt." Im Klartext: Honecker, dem Ärzte im Januar 1990 bereits einen Nierentumor entfernt hatten und bei dem im Februar 1992 Mediziner eine Metastase in der Leber festgestellt hatten, soll auf einmal kerngesund sein und steht plötzlich als Simulant dar. Er wird nach Deutschland abgeschoben.

Am 29. Juli 1992 ist es so weit: Festen Schrittes, die rechte Hand zum kommunistischen Gruß geballt, verlässt der Ex-Staatschef die Moskauer Botschaft. Wenige Stunden später landet er in Berlin. Bei seiner Ankunft am Haftkrankenhaus in Moabit säumen Hunderte Honecker-Gegner die Turmstraße vor den Gefängnismauern. "Mörder, Mörder", rufen einige. **Honecker ist nicht zum ersten Mal in Moabit. 57 Jahre zuvor war er hier unter den Nazis schon einmal für anderthalb Jahre inhaftiert, nachdem die Gestapo den damaligen Chef der Jungkommunisten in Berlin festgenommen hatte.**

In Berlin geht das Gezerre um den Prozess und Honeckers Gesundheitszustand weiter. **Bereits wenige Tage nach seiner Ankunft im Gefängnis Krankenhaus Moabit überführen deutsche Ärzte ihre russischen Kollegen der Fehldiagnose.** In der Leber von Häftling 2955/92 entdecken die Ärzte einen fünf Zentimeter großen Tumor, der "eine erhebliche Aggressivität" besitze. "Die Zeit des vermutlichen Überlebens (bei reiner Betrachtung und Beschränkung auf die vermutete Tumorerkrankung) dürfte bei vorsichtiger Schätzung zwischen einem halben Jahr und eineinhalb Jahren liegen", urteilt der Berliner Onkologe Hans-Jörg Kirstaedter.

Der Richter hofft auf "neue Lebensgeister"

Honeckers Anwalt Friedrich Wolff beantragt daraufhin die Einstellung des Verfahrens und die sofortige Freilassung seines Mandanten: **"Es ist medizinisch leider absolut sicher, dass unser Mandant aufgrund dieser Krankheit in absehbarer Zeit sterben wird. Er hat das Recht, in Würde und Ruhe zu sterben, ohne die Zeit bis zu seinem Tode Objekt eines öffentlichen Strafverfahrens zu sein",** begründet der Verteidiger seinen Antrag. Dieses Ersuchen lehnt der Vorsitzende Richter Hansgeorg Bräutigam jedoch gleich mehrfach ab. Er argumentiert, dass der Prozess und die damit verbundene Verteidigung seines Lebenswerks als DDR-Staatschef dem Angeklagten "neue

Lebensgeister" einhauchen könne. Außerdem verweist Bräutigam darauf, dass Honecker "nach wie vor einen regen Schriftverkehr" führe und häufig Gäste empfangen. Unter anderem macht Nicaraguas langjähriger Präsident Daniel Ortega dem Gefangenen seine Aufwartung - stilecht im dunklen Anzug und Cowboystiefeln.

Also beginnt am 12. November 1992 der Prozess gegen Honecker und fünf Mitangeklagte, unter ihnen der damals 84-jährige langjährige Stasi-Chef Erich Mielke. "Mit Erich wechselte ich ein paar Worte. Ich weiß nicht, ob er mich erkennt oder nur so tut", schildert Honecker die Begegnung in **Saal 700 des Moabiter Kriminalgerichts** später in seinen Aufzeichnungen. Gerichtsreporterin Gisela Friedrichsen, die das Schauspiel für den SPIEGEL beobachtet, sieht in Honecker einen Mann, der seine Schwäche zu überspielen versucht: "Wenn Linsen sich auf ihn richten, wenn Blitzlichter zucken, strafft sich Honeckers Gestalt: Haltung zeigen, nicht Mitleid wecken. Er lächelt, reicht die Hand, blättert in einer Akte, als habe er einen Staatsvertrag zu unterzeichnen. Das alles aber besagt gar nichts über seinen Zustand. Das wird noch auf dem Totenbett funktionieren."

Die Nebenklage glaubt an ein Honecker-Double

Bei seinen Auftritten im Gerichtssaal heische der Angeklagte nach Solidarität, so Friedrichsen und glaube offenbar, er werde "tatsächlich von einer Welle der Zustimmung und Unterstützung getragen". Honeckers Aufzeichnungen aus der Haft belegen, wie aufmerksam der einstige Staatschef der DDR jeden zustimmenden Brief an ihn registriert: "Es kamen Briefe von Freunden aus den verschiedenen Stadtbezirken von Berlin, Grundorganisationen der DKP, KPD, PDS, USPD, Jungsozialisten einer Stadt im Westen". Für Honecker lässt das nur einen Schluss zu: "Sie zeigen die große Solidarität, die DDR wird in der Geschichte weiterleben. „Ins gleiche Horn stößt Honecker am sechsten Prozesstag, als er zu einer 70-minütigen persönlichen Erklärung ausholt. Darin zeigt er sich uneinsichtig. Zwar räumt er ein, die DDR sei "ein Experiment, das gescheitert ist", sie sei jedoch "nicht umsonst" gegründet worden. "Sie hat ein Zeichen gesetzt, dass Sozialismus möglich und besser sein kann als Kapitalismus."

Hinsichtlich der Mauertoten bleibt Honecker bis zuletzt unbelehrbar: Zwar habe die DDR-Regierung "den unnatürlichen Tod jedes Menschen in unserem Land" immer bedrückt, ohne den Mauerbau hätte jedoch ein Dritter Weltkrieg gedroht. Die Entscheidung über den Mauerbau sei im Übrigen nicht in Ostberlin, sondern in Moskau gefällt worden. Nun würden die Toten an der innerdeutschen Grenze missbraucht, um von "den Opfern der sozialen Marktwirtschaft" abzulenken. Doch nicht nur der Hauptangeklagte nutzt den Gerichtssaal als Bühne. **Für fast noch mehr Aufsehen sorgt Hans-Ekkehard Plöger, Vertreter der Nebenklage. Der präsentiert im Zusammenspiel mit der Boulevardpresse immer neue Theorien über Honecker. Zunächst behauptet er allen Ernstes, auf der Anklagebank sitze gar nicht der ehemalige Staatsratsvorsitzende, sondern ein Double des KGB. Dann äußert er Zweifel an Honeckers Krebserkrankung und stellt die These auf, Honecker sei stattdessen von einem Fuchsbandwurm befallen. Schließlich bringt er den umstrittenen Mediziner Julius Hackethal als Beistand in den Gerichtssaal, der verspricht, Honecker mit einer Spritze vom Krebs heilen zu können. Durch eine "Blockade des Liebeshormons Testosteron" würde "ein Auswuchern der Krebszellen" zu verhindern sein - "falls es dieses im Körper eines Menschen wie Honecker überhaupt gibt", so Hackethal.**

Der Richter wünscht ein Autogramm im Berlin-Stadtführer

Selbst die Richter blamieren sich in dem Verfahren nach Kräften: Am letzten Verhandlungstag vor Weihnachten 1992 übergibt Richter Bräutigam in einer Prozesspause Honeckers Verteidigern ein Buch: einen Berlin-Stadtführer aus dem VEB-Tourist Verlag. Ein Schöffe möchte, dass der Angeklagte darin ein Autogramm hinterlässt. Kurz darauf werden Bräutigam und der Schöffe aus Befangenheitsgründen abgesetzt. Das ohnehin hoch umstrittene Verfahren gegen Honecker verliert dadurch weiter an Glaubwürdigkeit.

Wenige Tage später setzt das Berliner Landesverfassungsgericht dem Schauspiel ein Ende.

Die Kammer gibt am 12. Januar 1993 einer Verfassungsbeschwerde des Angeklagten statt und setzt den Todkranken auf freien Fuß. Das Verfahren verletze Honeckers Menschenwürde, urteilen die Richter, weil der Angeklagte "aufgrund seiner weit fortgeschrittenen Krebserkrankung den Abschluss des Verfahrens vor der Strafkammer, der nach Auffassung des Kammergerichts frühestens für das Jahresende 1993 zu erwarten ist, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr erleben wird".

Am nächsten Tag kann Honecker das Haftkrankenhaus nach 169 Tagen hinter Gittern als freier Mann verlassen. Die Überlebensprognose der Berliner Richter und Mediziner wird er um fünf Monate übertreffen. Am 29. Mai 1994 stirbt Honecker in Santiago de Chile.“

Quelle: <https://www.spiegel.de/geschichte/honecker-wird-1993-aus-der-haft-frei-und-fliegt-nach-chile-a-951009.html>

„Honeckers Flucht: Tauziehen oder ein Kunststück der Diplomatie?“

22. März 2022, 16:35 Uhr

„Um den Namen Erich Honecker kam niemand in der DDR herum. Doch im Oktober 1989 änderte sich alles für den Staatsmann: Er wurde von seinen eigenen Genossen abgesetzt. Nach dem Mauerfall bekam er den Hass und die Ablehnung der Bevölkerung zu spüren. Unter dem Schutz der Roten Armee flohen Honecker und seine Frau am 13. März 1991 nach Moskau. Doch ihre Reise endete nicht dort ...

Es ist die Nacht zum 13. März 1991. Auf dem Gelände des sowjetischen Militärhospitals bei Beelitz wird eine geheime Operation durchgeführt. Ein Hubschrauber bringt Erich Honecker und seine Frau Margot zum sowjetischen Militärflughafen Sperenberg im Fläming. Die beiden sind in Beelitz nicht mehr sicher, sie sollen nach Moskau ausgeflogen werden.

"Die fliegen heute den Honecker aus"

Kurz nach der Ankunft des Paares in Sperenberg erhält Bundeskanzler Helmut Kohl einen Anruf vom sowjetischen Botschafter, der ihn informiert, dass Honecker noch am gleichen Tag mit einer Militärmaschine nach Moskau ausgeflogen wird. Lothar de Maizière, damals für die CDU in Bonn, erinnert sich an den Tag: Und da setze ich mich in meine Reihe im Bundestag, ziemlich hinten. Und da wälzte Kohl in den Bundestag rein. Und setzte sich neben mich, was mich sehr verwunderte. Und sagte: 'Ich muss dir was sagen, mich hat eben der Botschafter angerufen. Die fliegen heute den Honecker aus.' *Lothar de Maizière*



Lothar de Maizière Bildrechte: imago/United Archives

Honecker unter dem Schutz von Gorbatschow

Währenddessen knallen auf dem Flughafen die Sektkorken. Die Honeckers sind erleichtert. Sie haben das Gefühl, nun bald in Sicherheit zu sein. Doch die Flucht stellt die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf eine harte Probe. Mitten in der Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages werden Erich Honecker und seine Frau aus Deutschland "entführt". Die Bundesregierung wird darüber lediglich informiert. In Moskau wird das Politikerpaar in einer komfortablen Regierungs-Datscha untergebracht. Die Honeckers stehen unter dem Schutz Gorbatschows. Noch. Dann verändert ein Ereignis die Situation der Honeckers dramatisch.

Jelzin ordnet Auslieferung an die BRD an

Am 19. August 1991 putschen reaktionäre Kreise in der sowjetischen Regierung gegen den Reformer Gorbatschow. Der August-Putsch scheitert zwar, doch Gorbatschow verliert seine Macht, die Sowjetunion zerfällt. Boris Jelzin ist der neue starke Mann im Kreml. Und Jelzin ist das Schicksal der Honeckers egal. Nach Gesprächen mit Deutschland erkennt er "eine grobe Völkerrechtsverletzung" an: Man habe den deutschen Staatsangehörigen praktisch entführt, um ihn der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen. Jelzin ordnet die Auslieferung Honeckers an die Bundesrepublik an.

Die Honeckers flüchten in die chilenische Botschaft

Am 10. Dezember 1991 erhält das Ehepaar ein Ultimatum der Sowjetregierung: Binnen dreier Tage müssen sie das Land verlassen. Doch nach Deutschland wollen sie auf keinen Fall. Erich und Margot packen ihre Koffer und fliehen in die chilenische Botschaft in Moskau. Der Botschafter Clodomiro Almeyda ist ein Freund der Honeckers, er hatte im Exil in der DDR gelebt. Eine aus Sicht der Honeckers schlaue Entscheidung, erinnert sich der damalige deutsche Justizminister Klaus Kinkel: "Die Chilenen fühlten den Honeckers gegenüber eine massive Verpflichtung, weil er sich in schwierigen Zeiten um die Chilenen gekümmert hat, auch um Führungspersonen." Nach dem Putsch Pinochets gegen Salvador Allende im Jahr 1973 waren viele Politiker, vor allem Sozialisten und Sozialdemokraten, in die DDR geflüchtet. Honeckers Tochter Sonja ist mit einem Exil-Chilenen verheiratet, die beiden sind mit ihren Kindern schon 1990 aus der DDR nach Chile ausgewandert.

Diplomatisches Tauziehen

Die Situation wird immer komplizierter. Die Deutschen wollen Erich Honecker vor Gericht stellen, die Russen wollen ihn loswerden und die Chilenen wollen ihn in Chile mit dem Rest der Familie vereinen. Alle Seiten haben einleuchtende Beweggründe. Eine Einigung scheint fast unmöglich. Und so schmiedet man in Moskau einen ausgefuchsten Plan ... Ein wichtiges Argument bei der Debatte ist der schlechte Gesundheitszustand des Ex-Staatschefs. Die Chilenen argumentieren, ihm aus humanitären Gründen Asyl gewähren zu wollen. Eine Ärztin, die die Honeckers in der Botschaft regelmäßig untersucht, hatte mit einem tragbaren Ultraschallgerät eine Geschwulst in Honeckers Leber festgestellt. Ein bösartiger Tumor, wie sie meint.

Ist Honecker schwer krank?

Honecker wird für eine (angebliche) gründliche Untersuchung ins Moskauer Botkin-Krankenhaus gebracht. Die Ärzte dort kommen jedoch zu einem überraschenden Ergebnis: Es sei kein Leberkrebs bei Honecker feststellbar! Der damalige deutsche Botschafter in Chile, Wiegand Pabsch, beschreibt, wie sich diese Nachricht auswirkte:

Daraufhin fühlte sich die chilenische Öffentlichkeit an der Nase herumgeführt. Honecker verliert den Rückhalt der Chilenen. Einer Auslieferung steht nun nichts mehr im Wege. Wie sich später herausstellt, ist das Ergebnis der Untersuchung gefälscht. Gregor Gysi vermutet, dass die Mediziner auf Wunsch von Jelzin mit Absicht falsche Ergebnisse veröffentlicht haben: "Ich halte es für ausgeschlossen, dass die Ärzte den Leberkrebs nicht mitbekommen haben." Der Plan geht auf.

Der todkranke Honecker vor Gericht

Am 29. Juli 1992 wird der Ex-Staatsratsvorsitzende von Moskau nach Berlin-Tegel geflogen und noch auf dem Flughafen verhaftet. Margot Honecker darf zu ihrer Familie nach Chile ausreisen. **Es folgt eine Gerichtsverhandlung in Berlin, die schnell zur Farce wird. Erich Honecker ist schwer krank, der Tumor in seiner Leber wächst rasant. Es steht zu befürchten, dass er das Ende der Verhandlung nicht mehr erleben wird. Daraufhin wird das Verfahren eingestellt.** Am 13. Januar 1993 darf Erich Honecker nach Chile ausreisen. Etwas über ein Jahr später, am 29. Mai 1994, stirbt er. Über 3.000 Personen sind bei den Trauerfeierlichkeiten anwesend. Es sind Exil-Chilenen, die Erich Honecker ein letztes Mal ihre Dankbarkeit erweisen. *Dieser Artikel wurde 2019 erstmals veröffentlicht.*



Erich Honecker in Chile - Bildquelle: <https://www.spiegel.de/fotostrecke/honeckers-haftentlassung-letzte-ausfahrt-chile-fotostrecke-156569.html>

3. Die Rachejustiz der NATO- BRD:

„Die Faust blieb oben“ 29.05.2014, 02:30 Uhr Von Jutta Schütz



„Vor 20 Jahren starb Erich Honecker im Exil in Chile. Sein Weltbild ließ sich der DDR-Staatschef bis zum Tode nicht erschüttern.

Für eine Entschuldigung sah er keinen Anlass. „Dass an der Grenze geschossen wurde, war nichts Besonderes. An fast allen Grenzen wird geschossen, wenn diese verletzt werden.“ So schrieb der höchste DDR-Politfunktionär Erich Honecker in seinen letzten Aufzeichnungen. Kein Wort des Bedauerns zu den Mauertoten findet sich im Gefängnis-Tagebuch des früheren DDR-Staatschefs und SED-Parteivorsitzenden.

(Anmerkung. Wer betrauert in der BRD die vielen toten Grenzsoldaten der DDR, welche feige NATO-Attentate zum Opfer fielen?)

Vor 20 Jahren, am 29. Mai 1994, starb Honecker mit 81 Jahren fern der Heimat im chilenischen Exil.

Seine Witwe Margot Honecker lebt bis heute in Santiago de Chile. Ihre Villa im Vorort La Reina ist von einer Mauer umgeben. In dem Viertel wohnt auch die sozialistische Staatschefin Michelle Bachelet. Ob es in Chile zum Honecker-Todestag ein Gedenken mit alten Genossen gibt, wisse er nicht, sagt der Verleger Frank Schumann. Die 87-jährige Witwe sei da mit Informationen sehr zurückhaltend.

Dass sie die Urne ihres Mannes in der Wohnung aufbewahre, wie immer wieder zu hören, sei jedoch „Quatsch“. „Die ist auf einem Friedhof.“ (Anmerkung Wie so viele irreführende Falschinformationen der BRD-Propaganda!)

Der krebserkrankte Honecker kam im Januar 1993 nach Chile, nachdem in Berlin der Prozess gegen ihn wegen der tödlichen Schüsse auf DDR-Flüchtlinge (westliche Agenten!) eingestellt worden war. Chile billigte den Honecker-Aufenthalt in Erinnerung an solidarische Zeiten, als die DDR Anfang der 70er-Jahre Tausende Pinochet-Flüchtlinge aufnahm.

Vor wenigen Wochen legte ein Ex-Leibwächter ein Buch mit Einblicken in das Honecker-Leben vor. Honecker habe immer mehr die Wirklichkeit verdrängt und sei am liebsten dreimal in der Woche zur Jagd gegangen, schreibt der einstige Stasi-Major Bernd Brückner. Sein Chef habe zunehmend geglaubt, dass die Berichte über ihn im „Neuen Deutschland“

der Meinung seines Volkes entsprechen. Honecker habe nie Gefühle gezeigt, schrieb Honecker-Butler Lothar Herzog 2012 in einem Buch. Jeden Morgen habe er den Saft einer Zitrone hinuntergekippt, aus Angst vor Grippe. Am liebsten habe sich der einstige Dachdeckergehilfe Bouletten und Kassler auftischen lassen und in enormem Tempo heruntergeschlungen. **(Anmerkung: NATO Propagandatricks Entmenslichung!)** Im Jahre 1971 war Honecker Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und damit mächtigste Politiker der DDR geworden. Am 18. Oktober 1989 wurde er von den eigenen Genossen abgesetzt. Nach dem Mauerfall irrten die Honeckers umher. Die Politiker-Wohnsiedlung Wandlitz hatten sie verlassen müssen. Eine ihrer Stationen war Moskau. Im Juli 1992 wurde Honecker dann aber nach Deutschland gebracht. In Berlin-Moabit kam er in U-Haft, während seine Ehefrau nach Chile zu ihrer Tochter Sonja flog.

(Anmerkung: Rachejustiz der BRD!)

Im November 1992 begann der historische Prozess gegen Honecker und fünf weitere frühere SED-Funktionäre. Zum Auftakt reckte der greise Kommunist die geballte Faust. Moralische oder juristische Schuld sah er nicht. Doch zu einer Bewertung seiner Rolle kam es vor Gericht nicht mehr. Zunehmend rückten medizinische Probleme des Angeklagten in den Vordergrund. Anfang 1993 wurde der Prozess eingestellt. Nach 169 Tagen Haft verließ der frühere Spitzenfunktionär am 13. Januar Deutschland für immer und flog zu Frau, Tochter und Enkeln nach Chile. Die letzten Notizen aus der Berliner Untersuchungshaft zeigen neben dem sturen Ex-Funktionär einen alten Mann, der sich Sorgen um die Familie und seinen hohen Blutdruck macht. „Liebe Margot – ich denke viel an Dich“, schreibt er. Unerschütterlich blieben jedoch die Koordinaten seines Weltbildes. Weiter heißt es: „Eine Diktatur, wie man sie der DDR unterstellt, hat so nicht existiert.“

Der Prozess gegen ihn sei Rache und Fortsetzung des Kalten Krieges, geprägt von Siegermentalität. „Man entledigt sich der politischen Gegner mit den Mitteln des Strafrechts, aber natürlich ganz rechtsstaatlich.“ (dpa)

Quelle: <https://www.saechische.de/politik/die-faust-blieb-oben-U6HSHITWQBJBMBX7EYMCATBUW4.html>



Erich Honecker (vorn) betritt in Begleitung von Justizvollzugsbeamten den mit Stacheldraht gesicherten Hof der Berliner Untersuchungshaftanstalt Moabit (Archivfoto vom 30.07.1992).

© dpa Quelle: <https://www.merkur.de/politik/gefaengnis-notizen-erich-honecker-zr-1606833.html>

3.1 Die Kontinuität der BRD-Justiz mit der NS -Vergangenheit auch am Beispiel von Erich Honecker:



„Mord und Terror: So überlebte Erich Honecker die NS-Zeit im Knast“

Weiterlesen nur mit Bezahlschranke: <https://www.maz-online.de/lokales/brandenburg-havel/die-hoelle-vom-goerden-so-ueberlebte-honecker-den-nazi-knast-BTE4O3MX4DZTMSYEIN5JS5UX6U.html>



„Fotos aus der Personalakte von Erich Honecker (damals 23 Jahre alt, zukünftiger Führer der DDR) bei der Gestapo – aufgenommen nach seiner Inhaftierung als Aktivist der kommunistischen Untergrundbewegung im Dritten Reich (Mitglied der Jugendbewegung). Kommunistischer Bund Deutschlands im Saarland, 1935.“ - Quelle:

https://www.reddit.com/r/MarxistCulture/comments/1b284ai/photos_from_the_personal_file_of_erich_h

Auszug: „Heller Anzug, rote Krawatte“

„Am nächsten Tag um 11 Uhr erschien Honecker im hellen Anzug, mit roter Krawatte und einem unsicheren Blinzeln hinter der Hornbrille im Schwurgerichtssaal in Moabit, so beschreibt es der heute 85-jährige **Vorsitzende Richter a.D. Bräutigam**.

Ein **„schmerzhaftes Déjà-vu“**, schoss es dem Richter durch den Kopf. Denn **der Kommunist Honecker war 1935 von den Nationalsozialisten schon einmal in Moabit festgesetzt worden**. „Ich empfand das als ein bisschen beklemmend, es war nicht einfach, dem Mann einen Haftbefehl zu verkünden“, sagt **Bräutigam**.

Fortan ging es nach Bräutigams Worten fast ausschließlich um die Gesundheit des krebserkrankten Häftlings. Der Richter gab nach eigener Erinnerung sofort medizinische Gutachten in Auftrag.

Im Kern die Frage: „Kann man einem Mann den Prozess machen, von dem man glaubt, dass er das Urteil nicht erlebt?“ Das Berliner Landgericht versuchte es - am 12. November 1992 begann die Hauptverhandlung gegen Honecker und fünf weitere frühere SED-Funktionäre wegen (angeblichen!) Totschlags an Flüchtlingen.

783 Seiten umfasste die Anklage. Zum inhaltlichen Kern aber sei man wegen der Verfahrensfragen nie vorgestoßen, sagt Bräutigam. **Honecker wehrte sich mit den Mitteln des „Rechtsstaats“ gegen den Prozess und die Haft - und bekam recht. Am 12. Januar 1993 entschied der Berliner Verfassungsgerichtshof, der Todkranke sei in seiner Menschenwürde verletzt. Honecker kam frei.**

„Du hast für so einen Mann keine Lösung“ Stunden später stieg er in ein Flugzeug nach Chile, wo seine Frau Margot schon seit dem Aufbruch in Moskau lebte. Am 29. Mai 1994 starb Erich Honecker im Alter von 81 Jahren in Santiago. Was also bleibt von dieser Saga? Vom Versuch der „Bundesrepublik“, die Spitzen des untergegangenen sozialistischen Staats rechtsstaatlich zu richten?

Honecker selbst bekundete nur Verachtung. **Der Prozess sei „eine Farce“, ein „politisches Schauspiel“, gedacht zur Verunglimpfung der DDR, zum „Kampf gegen den Sozialismus“, wettete er in einer 70-minütigen Erklärung vor Gericht. Über die Mauertoten sagte er zwar, er trage „seit Mai 1971 die Hauptlast der politischen Verantwortung dafür“ - aber nicht im strafrechtlichen Sinne. „Wenn Sie heute dennoch über uns zu Gericht sitzen, so tun Sie das als Gericht der Sieger über uns Besiegte.“**

Der (berechtigte) Vorwurf der **„Siegerjustiz“** hielt sich lange und das Argument, Vorgänge zu DDR-Zeiten könnten nicht nach bundesdeutschem Recht geahndet werden.“

Quelle: <https://www.n-tv.de/politik/30-Jahre-nach-Urteil-zu-DDR-Staatschef-Honecker-Fall-laesst-bis-heute-Fragen-offen-article23488960.html>

„Gefängnis-Notizen von Erich Honecker“

Stand: 19.02.2012, 09:54 Uhr

„Berlin - Es ist das Vermächtnis eines alten, schwer kranken Mannes. Reue oder kritische Einsichten finden sich nicht in den letzten Aufzeichnungen von Erich Honecker. Jetzt erscheint das **Gefängnis-Tagebuch**.

Im Mercedes wird Erich Honecker ins Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht. Es sei ein großer Empfang mit Rufen von „unseren Berlinern“ gewesen, schreibt der frühere SED-Parteichef und Staatsratsvorsitzende Erich Honecker am 29. Juli 1992. Es ist der Tag, an dem er zum Untersuchungshäftling wurde. 20 Jahre später kommen seine letzten Aufzeichnungen als Buch heraus.

Nach der „Wiedervereinigung“ sollte sich Honecker mit fünf weiteren Spitzenfunktionären wegen der Todesschüsse auf DDR-Flüchtlinge vor Gericht verantworten. Zuvor mussten die Honeckers ihre letzte Fluchtstation Moskau verlassen, er wurde nach Berlin gebracht, sie flog nach Chile. Im November 1992 begann der als historisch eingestufte Prozess, doch bald überwogen die medizinischen Probleme der Angeklagten. Zu einer Bewertung der Rolle Honeckers kam das Gericht nicht mehr.

Anfang 1993 ordnete das Berliner Verfassungsgericht die Einstellung des Prozesses gegen den krebserkrankten Honecker an. Nach 169 Tagen Haft verließ der frühere Spitzenfunktionär am 13. Januar Deutschland für immer und flog zu seiner Frau sowie zu Tochter Sonja und den Enkeln nach Chile. Erich Honecker starb am 29. Mai 1994 im Alter von 81 Jahren im Exil in Santiago de Chile.

Die letzten Notizen aus der Berliner Untersuchungshaft zeigen neben dem sturen Ex-Funktionär einen alten Mann, der sich Sorgen um die Familie und seinen hohen Blutdruck macht. „Meine Kleine“, nennt er überraschend seine Frau Margot. „Liebe Margot - ich denke viel an Dich“, notiert Honecker. **Zum Prozess „hierher in diese Hölle“ solle sie aber nicht kommen.** Nach Verlagsangaben wusste von dem Manuskript bis zum September 2011 niemand außer Margot Honecker. Sie habe lange gezögert, die Tagebuch-Notizen ihres Mannes aus der Hand zu geben, sagt die frühere DDR-Ministerin für Volksbildung. **Die Aufzeichnungen könnten einige Wahrheiten ins Licht rücken „inmitten der Lügen, Fälschungen und Verleumdungen“**., schreibt die 84-Jährige im Vorwort.

Unerschütterlich sind die Koordinaten des Weltbildes von Erich Honecker. So schreibt er: **„Eine Diktatur, wie man sie der DDR unterstellt, hat so nicht existiert.“** Die Perestroika sei ein Unglück, Michail Gorbatschow ein Verräter. Und: **„Die BRD ist kein Rechtsstaat, sondern ein Staat der Rechten“**, ist sich der Untersuchungshäftling sicher. Honecker schreibt von **Klassenjustiz, „die sich nicht von der der Nazis unterscheidet“**.

Der Prozess gegen ihn sei Rache und Fortsetzung des Kalten Krieges, geprägt von Siegermentalität. „... man entledigt sich der politischen Gegner mit den Mitteln des Strafrechts, aber natürlich ganz rechtsstaatlich.“ Die DDR habe keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, schreibt der einstige Dachdeckergehilfe. **Die Maueropfer? „Dass an der Grenze geschossen wurde, war nichts Besonderes. An fast allen Grenzen wird geschossen, wenn diese verletzt werden“, so Honecker.** „Wir haben mit der DDR gezeigt, dass Sozialismus möglich ist. Das wird bleiben.“ dpa

Quelle: <https://www.merkur.de/politik/gefaengnis-notizen-erich-honecker-zr-1606833.html>

JVA Brandenburg: Ein Blick in den Knast, in dem Erich Honecker saß



Erich Honecker beim Besuch der Haftanstalt während der DDR-Zeit. Er selbst saß von 1937 bis 1945 dort ein Foto: Tomas Kittan tomas Kittan

In der JVA Brandenburg wurde jetzt ein Museum zur langen Geschichte des Gefängnisses eröffnet. Die JVA Brandenburg blickt zurück auf eine wechselhafte Geschichte: Erbaut in der Weimarer Republik, nutzten die Nazis das Zuchthaus später für Hinrichtungen. Später sperrte die DDR dort Schwerverbrecher neben Menschen, die wegen Republikflucht verurteilt wurden. **Heute hat das Gefängnis im Stadtteil Görden eine Kapazität von 666 Haftplätzen** – und ab kommenden Montag ein eigenes Museum. 1,1 Millionen Euro haben die Sanierung der ehemaligen Direktoren-Villa und der Anbau gekostet, je zur Hälfte vom Land und Bund finanziert. „Es soll eine Dauerausstellung zur Geschichte des Strafvollzugs von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart entstehen“, sagt Sylvia de Pasquale, die die Leitung des Projekts hat.



Die Dauerausstellung ist in der umgebauten Direktoren-Villa (Foto: Tomas Kittan tomas Kittan)



Während der NS-Zeit wurden Gefangene mit dieser Guillotine getötet (Foto: Tomas Kittan tomas Kittan) Foto: Tomas Kittan tomas Kittan

Die Ausstellung zeigt die Entwicklung des Brandenburger Knastes: Als moderne Musteranstalt wurde das Gefängnis von 1927 bis 1935 konzipiert. Damals saßen dort 1800 Häftlinge. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten erfolgte schon 1933 eine Umwandlung in eine Anstalt für „Sicherungsverwahrte“, zum Tode Verurteilte und Gefangene mit teilweise lebenslangen Freiheitsstrafen. Das Gefängnis wurde zu einem Teil der Nazi-Todesmaschinerie. Von den 2032 meist mit dem Fallbeil hier getöteten Menschen wurden 1722 aus politischen Gründen hingerichtet, u.a. die Widerstandskämpfer Bernhard Bästlein und Alfred Kowalke. Weitere 652 Gefangene starben durch Krankheiten wie Tuberkulose.

Im Zuchthaus Brandenburg saßen unter den Nazis auch Erich Honecker (1937-1945) und Robert Havemann (1943-1945). In der DDR wurde die Strafanstalt für Häftlinge mit Strafen ab fünf Jahren genutzt. Etwa zehn Prozent saßen hier aus politischen Gründen.

Eine Aufarbeitung der wechselvollen Vergangenheit gab es seit 1964 in einigen Gedenkräumen. Doch wurde dort einseitig nur an die NS-Zeit und die Hinrichtungen erinnert. Seit dem Mauerfall gab es immer mehr Kritik an der primär kommunistischen Gedenkstätte.

Quelle: <https://www.bz-berlin.de/archiv-artikel/ein-blick-in-den-knast-in-dem-erich-honecker-sass>

4. Erich Honecker im Exil:

13. Januar 1993: Ex-Staatsratsvorsitzender geht nach Chile - Erich Honecker im Exil: exklusive Einblicke in seine letzten Monate

22. März 2022, 16:30 Uhr



Wegen der Todesschüsse an der Mauer stand der einstige starke Mann der DDR im wiedervereinigten Deutschland vor Gericht. Am 13. Januar 1993 wurde der Prozess jedoch eingestellt und Honecker flog sofort nach Chile. MDR ZEITREISE hat mit seinem persönlichen Assistenten aus der Exilzeit gesprochen: Diego Aguirre gibt Einblicke in Honeckers Privatleben im Exil, über das man lange Zeit nur wenig wusste.

Es war der Morgen des 13. Januar 1993, als [Erich Honecker](#) aus der Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Moabit entlassen wurde. Gegen einen Angeklagten, der "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Ende des Strafverfahrens nicht mehr erreicht", dürfe kein Prozess geführt werden, hatte das Berliner Landesverfassungsgericht entschieden. Das Landgericht stellte daraufhin das Verfahren gegen den einstmals mächtigsten Mann der DDR ein. Erich Honecker war wieder ein freier Mann. Vom Frankfurter Flughafen aus flog er kurz vor Mitternacht mit einer Boeing 747 in Richtung Chile ab.

Honecker im Exil in Chile

Als Erich Honecker am nächsten Tag in seinem Exil in Santiago de Chile ankam, war schon alles für ihn vorbereitet. Seine Frau [Margot](#) hatte das Anwesen im bürgerlichen Stadtteil La Reina eingerichtet. Um ihn im Alltag zu unterstützen und zu dolmetschen, stand ein persönlicher Assistent bereit: der junge Chilene Diego Aguirre. Er begleitete Honecker rund um die Uhr bis zu seinem Tod im Jahr 1994 und wurde zu einem seiner engsten Vertrauten. Doch wer war der Mann?

Honeckers Assistent: in der DDR aufgewachsen

Nach dem Putsch Pinochets gegen [Präsident Salvador Allende](#) kam Diego Aguirre 1974 als Vierjähriger mit seiner Mutter und seinem großen Bruder nach Ost-Berlin. Sein Vater, ein bekannter chilenischer Architekt, war bereits als Kulturattaché in der DDR. Aguirre wuchs in einer Plattenbausiedlung in Berlin-Lichtenberg auf. Mit seinem Bruder trug er, ganz im Sinne der damaligen Volksbildungsministerin Margot Honecker, einen sozialistischen Wettbewerb um die besten Schulnoten aus. Er machte 1987 in Ost-Berlin das Abitur mit 1,0 und kehrte danach auf eigenen Wunsch in seine Heimat zurück, wo er ein Mathematikstudium begann.

Honecker konnte nur wenige Brocken Spanisch

Den Kontakt zwischen den Honeckers und Aguirre vermittelte Honeckers Schwiegersohn Leonardo Yanez Betancourt. Als chilenisches DDR-Kind schien der damals 22-jährige Aguirre perfekt, um dem greisen Honecker die Ankunft in Chile zu erleichtern. Da Margot und Erich Honecker nur ein paar Brocken Spanisch sprachen, waren sie auf Diegos Hilfe angewiesen. Doch für den Assistenten war es nicht immer ganz leicht, Honecker zu folgen: "Erich redete und redete und ich musste immer warten, bis er aufhört. Es waren lange, richtig schöne deutsche Sätze und ich musste warten, bis ich übersetze. Manchmal musste ich sagen: Halt mal an!"

Honeckers letzte Freuden: Enkelkinder und deutsche Presse

Im Haus versuchten die Honeckers ein ganz normales Leben zu führen. Am meisten freute sich Erich Honecker, wenn seine Tochter Sonja und die Enkel Vivian und Roberto zu Besuch kamen. "Er wollte seine letzten Tage mit seiner Familie verbringen. Das war das Wichtigste für ihn. In diesen Momenten war er wirklich froh und lächelte", erzählt Diego Aguirre. Honecker las die deutsche Presse, die stets mit zwei Tagen Verzögerung eintraf und sein Assistent musste ihm die chilenischen Zeitungen übersetzen. Gespannt verfolgte Honecker dabei auch, was man in Deutschland über seinen Weggang nach Chile schrieb.



Erich Honecker gemeinsam mit seinem Enkel Roberto Yáñez. Bildrechte: MDR/Zeitzeugen TV

"Er sprach nie über das „wiedervereinigte“ Deutschland"

Honecker und sein Assistent tauschten sich über Vieles aus. Doch eins war dabei nie Thema: das wiedervereinigte Deutschland. "Erich sprach ja nicht darüber. Niemals. Margot war die Politikerin. Sie sprach immer wieder darüber und das Wort, an das ich mich bis heute erinnere, war das Wort 'Verrat' und 'Verräter'", erzählt Diego Aguirre.

Erich Honecker habe immer gehofft, dass die Leute erkennen, wie gut die DDR war und dass er und seine Genossen irgendwann als jemand erscheinen würden, die eine gute Arbeit gemacht hätten.

Besuche von Freunden, finanzielle Hilfe, Dankbarkeit

Das Haus der Honeckers in Santiago de Chile war immer wieder Ziel der Medien, vor allem aber ein Wallfahrtsort für Freunde und ehemalige Kampfgefährten. Sie waren den Honeckers in Dankbarkeit verbunden und unterstützten sie finanziell. "Es kamen auch viele Vertreter von Ländern und Organisationen, denen die DDR irgendwann einmal geholfen hatte", erinnert sich Diego Aguirre. Und da das Land nicht mehr existierte, seien die Honeckers die Adressaten ihrer Dankbarkeit gewesen.

Dankbarkeit war auch für Diego Aguirre das Motiv, den Job bei Erich Honecker anzutreten. Aus Dankbarkeit für seine Kindheit in Berlin blieb er bis zum Tode des ehemaligen DDR-Staatschefs dessen Vertrauter.

Kein Zurück mehr

Über eine Rückkehr nach Deutschland haben die Honeckers nie geredet. Obwohl klar war, dass Erich Honecker bald sterben würde, wünschte er sich keine Beerdigung in seiner Heimat. Ihm war bewusst, dass er in Chile sterben würde. Honeckers Assistent vermutet: "Vielleicht haben sie verstanden, dass dieses Land, das sie liebten, überhaupt nicht mehr existiert."

Dieser Artikel wurden 2018 erstmals veröffentlicht.

Quelle: <https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/erich-honecker-exil-chile-assistent-diego-aguirre-102.html>



5. Beispiele für den Hoch-Verrat an der DDR durch das eigene Volk!

5.1 „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ in Torgau Juli 2025:



„Die „verbotene“ Nationalhymne

Kennen Sie die deutsche Nationalhymne? Sie ist sehr alt, diente schon Adolf Hitler und jetzt der so genannten „Bundesrepublik Deutschland“, aus der die sowjetisch-russischen Truppen im Jahre 1945 sang- und klanglos abgezogen worden sind, so, als ob Russland den Zweiten Weltkrieg verloren hätte und sich zurückzieht. Den Krieg hat Russland nicht verloren, den Frieden schon – leider.

Die deutsche Nationalhymne enthält solche Textpassagen wie „Deutschland, Deutschland über alles“ und „... Deutschland, von der Maas bis an die Memel.“

Hymne, Melodie und Text existieren heute nach wie vor im Original. Aber es wird empfohlen, den Text nicht mehr zu singen. Denken darf man den Text aber schon und auch so handeln. Deutsche Truppen stehen ja heute schon wieder an der Memel.

Offiziell gibt es kein Gesetz, welches den Text verbietet. Es kann also jeder den Text singen, ohne sich strafbar zu machen. Stellen Sie sich vor!!!! Sie werden bestraft, weil sie die Nationalhymne singen.

Und da es nicht strafbar ist, haben Deutsche bei den „**Deutschen Feuerwehrmeisterschaften**“ den Text gesungen und angeblich einen Skandal damit ausgelöst.

Vermutlich wird aber der Text häufig gesungen (z.B. in deutschen Kneipen am Biertisch) und löst keinen Skandal aus. In diesem Fall möchte ich aber auf Nuancen hinweisen.

Die Deutschen Feuerwehrmeisterschaften fanden in Torgau statt, einer ostdeutschen Stadt, einer Stadt in der ehemaligen DDR. Dort trafen sich an der Elbe im Jahre 1945 russische und amerikanische Truppen und besiegelten die Waffenbrüderschaft und das Ende des faschistischen Deutschlands.

Heute, wo angeblich die ehemalige DDR-Bevölkerung immer noch große Sympathien für Russland hat, singt eben diese Bevölkerung den Text und deklariert damit, dass Deutschland nicht am Fluss Oder endet, sondern am Fluss Memel, also in „Königsberg“. Wir sollten uns mit dem Gedanken anfreunden, dass auch die exDDR-Bevölkerung sich in der Zeit nach 1990 gewandelt hat. 35 Jahre haben Generationen aussterben lassen und die heranwachsende Jugend hat ein distanzierteres Verhältnis zu Russland. Wir sollten uns auch nicht von solchen Parteien wie der AfD täuschen lassen. Diese Partei vertritt nationale Interessen – wogegen nichts zu sagen ist. Aber sie vertritt keine russischen Interessen. Niemand sollte sich täuschen lassen. Russland wird gebraucht und missbraucht.“

Quelle: Uwe Niemeier @Baltische_Welle Kaliningrad Telegram – 07.08.2025

5.2 Der alltägliche Nazismus auf dem Gebiet der DDR - Beispiel Wittenburg am 8.08.2025:

„Die nationalsozialistische Trägermasse der BRD war heute wieder durch besondere Aggressivität und feindlich- negatives Fehlverhalten aufgefallen. Im Wittenburger Supermarkt REWE, waren die abgepackten Käsesorten und Melonen nicht einzeln ausgepreist. Allgemein durcheinander angebrachte Preisschilder wirkten verwirrend-irreführend. Auch die zuvor ausgewogen ausgepreiste Melone war an der Kasse mit einem Mal um ein Vielfaches teurer wie angegeben! Auf Nachfrage an der Kasse, was der Käse kostet, wurde Rüdiger Hoffmann von einem BRD-Rentner verbal angegriffen. Dieser sagte wortwörtlich zu ihm: „**Ich kenne Dich vom Marktplatz Wittenburg her.**“ „**Du musst froh sein, wenn Du überhaupt was zu essen bekommst**“ und „**Die müssen hier einen Knast einrichten! Du gehörst in ein Gefängnis, wenn Du nicht dankbar und zufrieden bist.**“

Die Kassiererin, welche für ihre Kunden-Unfreundlichkeit allgemein bekannt ist, schwieg zu dem Vorfall...“



REWE Wittenburg „Kunden fühlen sich betrogen“:

<https://www.nordkurier.de/regional/hagenow/kunden-fuehlen-sich-beim-rewe-wittenburg-betrogen-2584917>

6. Das verfassungsmäßige Recht der DDR ist weiterhin gültig!

Zur Bedeutung der rechtswidrigen Beschlagnahme der FDJ- Flagge der DDR am 26.07.2025 in Berlin durch die Berliner BRD-Polizei:

Die Freie Deutsche Jugend der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht verboten und eine legale Organisation auch für die BRD!

Da Rüdiger Hoffmann sich ausschließlich auf die Freie Deutsche Jugend der DDR bezogen hat und bezieht, ist das Ermittlungsverfahren entsprechend einzustellen und die FDJ-Flagge an Rüdiger Hoffmann heraus zu geben!

Zitat: „In der DDR war sie eine staatlich anerkannte und geförderte Jugendorganisation, eine De-facto-Jugendorganisation der SED. Sie war als Massenorganisation Teil eines parallelen Erziehungssystems zur Schule. Die FDJ ist Mitglied im Weltbund der Demokratischen Jugend und im Internationalen Studentenbund. Nach dem Ende der DDR versank sie in der politischen Bedeutungslosigkeit. **Die FDJ in Westdeutschland ist seit 1954 als**

verfassungswidrige Organisation verboten, während die FDJ heute legal operieren kann.

(...) Nach der Wende und friedlichen Revolution in der DDR sank von November 1989 bis November 1990 die Mitgliederzahl von 2,3 Millionen auf 22.000, Mitte 1991 auf 7000 und 1994 auf maximal 300, 2003 auf ca. 150. Die etwa 7500 hauptamtlichen Mitarbeiter (1989) wurden bis Ende 1991 abgebaut und ihre Einrichtungen und Gliederungen abgewickelt. **Die noch existierende FDJ** wurde politisch bedeutungslos.

Nach der Wiedervereinigung wurde das Vermögen der FDJ unter die Verwaltung der Treuhandanstalt gestellt. Jugendclubs und Ferienlager wurden an andere Träger übergeben, geschlossen oder verkauft. Zusätzlich sollte die FDJ nach den gesetzlichen Vorgaben Steuern auf die Zinserträge des durch die Treuhand verwalteten Vermögens (ca. 300.000 DM) zahlen. Schließlich wurde ein Vergleich geschlossen.

Versuche, in einer frühen Phase der Entwicklung die FDJ neu zu gründen, scheiterten aufgrund mangelnder Geschlossenheit der Verantwortlichen. Ein neues Logo mit FDJ in Kleinbuchstaben wurde zugunsten des ursprünglichen Logos wieder aufgegeben.

Seit 1990 erkennen die PDS und ihre Nachfolger (Die Linkspartei, PDS, Die Linke) die FDJ nicht mehr als ihren Jugendverband an.

1994 traten die „Initiativen zur Vereinigung der revolutionären Jugend“ aus den alten Bundesländern der FDJ bei. Seitdem existieren wieder FDJ-Gruppen in Westdeutschland.

2021 verabschiedete das Parlament der FDJ eine neue Programmatistische Erklärung mit dem Titel „Für die Vereinigung der revolutionären Jugend“. 2023 beschloss das XIX. Parlament ein neues Statut.

2023 veranstaltete die FDJ-Aktionstage gemeinsam mit dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD.“

Beweis-Quelle: Freie Deutsche Jugend – Wikipedia <https://share.google/5CP8RtwgQwezJJZTw>

Polizei Berlin

BERLIN



Protokoll Sicherstellung (K941)

☒ Zutreffendes ankreuzen

☐ K940 gefertigt

26.07.2025
Datum

Durchführende Dienststelle/Telefon

Vorgangsnummer

Vorgangsnummer der Durchsuchung (nur falls abweichend)

Rechtsgrundlage der Sicherstellung/Beschlagnahme

☐ ASOG ☒ StPO
☐ sonstige:

Adressat ☐ siehe Protokoll Durchsuchung (K940)

☐ Anordnung siehe Protokoll Durchsuchung (K940)

☐ verdächtige/betroffene Person ☐ Andere

☐ Anordnung Sicherstellung/einstweilige Beschlagnahme

↳ ggf. Straftat/OWi: Verstoß 86a

(Hinweis: Keine gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Anordnung nötig)

HOFFMANN

Name/Firma

Vorname/n

☐ m ☐ w

Geburtsdatum

Geburtsort

Wohnanschrift

PLZ

Wohnort

☐ Ausgewiesen durch ☐ BPA

☐ Eigene Angaben ☐ Pass

Dokumenten-Nummer

Nachstehend aufgeführte Gegenstände wurden ...

☐ sichergestellt

☐ weil als Beweismittel freiwillig herausgegeben
☐ weil als Beweismittel gewahrsamslos
☐ zur Gefahrenabwehr

☐ mitgenommen zur Durchsicht (nur i.V.m. P)

☒ beschlagnahmt

☐ weil Beweismittel, nicht freiwillig herausgegeben
☒ weil sie der Einziehung unterliegen

☐ einstweilig beschlagnahmt als Zufallsfund (§ 108 StPO)

(Hinweis: Keine gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Anordnung nötig)

☐ bei Gefahr im Verzuge durch ...

☐ Amts-/Staatsanwaltschaft

☐ telefonisch ☐ vor Ort

☒ Ermittlungsperson der StA

Datum: 26.07.2025 Uhrzeit: 21:20

Anordnende/r: Schenke, 2416, 1165 00

Name (ggf. Dst., Amtsbez.)

☐ Prüfvermerk zur Einschätzung der Gefahr im Verzuge:

Auf Grund der Komplexität der Beweismittel ist von einem wesentlichen Zeitverlust auszugehen, bis eine richterliche Entscheidung zu erlangen ist.

Erklärung der betroffenen Person

Gegen die Beschlagnahme/Sicherstellung/Mitnahme erhebe ich

☐ keinen Widerspruch.

☐ ausdrücklichen Widerspruch ...

☐ ...bzgl. lfd. Nummer/n

☐ ...bzgl. aller Gegenstände/Papiere/Datenträger

Hinweis für die betroffene Person: Bei beweglichen Sachen mit dem Status E ist bei Widerspruch durch Sie ein Antrag beim zuständigen Gericht zu stellen (§ 111 I S. 3 StPO).

☐ Ich möchte mich jetzt hierzu weitergehend äußern (ggf. K942)

☐ Ich wurde auf die Tatbestände Verwahrungsbruch (§ 133 StGB)

und Siegel-/Verstrickungsbruch (§ 136 StGB) hingewiesen.

☐ Ich bin mit der außergerichtlichen (d.h. endgültigen) Einziehung

und/oder der Aushändigung an den Berechtigten einverstanden

☐ mit Ausnahme der Nummer/n

☐ Ich bin mit der Durchsicht der Papiere/Daten einverstanden

☐ mit Ausnahme der Nummer/n

Datum, Unterschrift 26.07.2025

Auflistung der Gegenstände

Hinweis: Beschlagnahmte Brand- und Explosionsorte dürfen nicht verändert werden!

lfd. Nr.	Menge/Anzahl	ggf. Spur-Nr. nach BKA-Raster genaue Bezeichnung	Zutreffendes ankreuzen (ggf. Mehrfachnennung)	Verbleib***
1	1	blau-gelbe Fahne	☒ E	
		"FDJ" im Zusammenhang mit	☐ P	
		dem Parteilager in Alkannen	☐ G	
			☐ B	

Erläuterung: ☒ E Einziehungsgegenstand ☐ P Papiere/Datenträger zur Durchsicht ☐ G zur Gefahrenabwehr ☐ B Beweismittel

Mit Anordnung der Beschlagnahme als Einziehungsgegenstand (E) tritt ein Verfügungsverbot für die Sache ein!
Falls oben nicht anders angegeben erfolgt die diesbezügliche Beschlagnahmeanordnung durch die durchführende Dienstkraft (s.u.)

☒ Durchschrift des Protokolls erhalten**

Unterschrift durch Betroffene/n**

☐ verweigert ☐ nicht möglich

Dieses Blatt ist Blatt 1 von 14

Datum, Unterschrift der betroffenen Person

Unterschrift zweite Dienstkraft

Unterschrift der durchführenden Dienstkraft

*Nur bei Explosions- und Brandorten

** Feld nur auf dem letzten Blatt ausfüllen

*** nur wenn Asservat vom Vorgang getrennt

Beschlagnahme-Protokoll Polizei Berlin 26.07.2025 (i. A. „Staatsschutz“ der BRD)

Staatsanwaltschaft Berlin



Staatsanwaltschaft Berlin, 10548 Berlin, GST: 231

Herrn
Rüdiger Hoffmann
[REDACTED]

Geschäftszeichen bei Antwort bitte
angeben: **231 Js 2696/25**



**Dienstgebäude und
Anschrift für Paketsendungen**
10559 Berlin, Turmstr. 91
Anschrift für Briefsendungen
10548 Berlin

Tel-Durchwahl +49 30 9014-3539
Tel-Zentrale +49 30 9014-0
Telefax +49 30 9014-3310

E-Mail: poststelle@sta.berlin.de
(nicht für frist- und formwahrende
Schreiben)

Datum: 18. August 2025

Ermittlungsverfahren gegen Sie

Vorwurf: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bis
21.09.2021
in Berlin am 26.07.2025

Sehr geehrter Herr Hoffmann,

das gegen Sie geführte Ermittlungsverfahren habe ich gemäß § 170 Abs. 2 StPO
eingestellt.

Hinsichtlich der Herausgabe der beschlagnahmten Flagge erhalten Sie gesondert
Nachricht durch die Polizei Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

Gräfe
Staatsanwältin

Anschrift für Briefsendungen:
10548 Berlin
Anschrift für Paketsendungen:
Turmstr. 91, 10559 Berlin

Barrierefreier Zugang
Wiltsnacker Str. 4

Sprechzeiten
Mo - Fr 09:00 - 13:00 Uhr
Weitere Termine nach
Vereinbarung

„Geschäftszeichen: 231 Js 2696/25 **Ermittlungsverfahren gegen Sie** Vorwurf: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bis 21.09.2021 in Berlin am 26.07.2025 - Sehr geehrter Herr Hoffmann, das gegen Sie geführte Ermittlungsverfahren habe ich gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Hinsichtlich der Herausgabe der beschlagnahmten Flagge erhalten Sie gesondert Nachricht durch die Polizei Berlin. Mit freundlichen Grüßen Gräfe Staatsanwältin“



Die DDR vor dem „Deutschen Bundestag“ in Berlin am 26.07.2025!





Die DDR in Berlin-Treptow 9. Mai 2025: Rüdiger Hoffmann und Egon Krenz mit dessen Begleitung.



Die DDR vor dem „Deutschen Bundestag“ in Berlin am 26.07.2025!

7. Die Nichtigkeit des sog. „2+4 Vertrages“!

Zur Nichtigkeit des sog. „Einigungsvertrages“ - Wortlaut: „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“:

1. Der Geltungsbereich Artikel 23 im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde am 3. Oktober 1990 ersatzlos beseitigt. Dazu wurden die „neuen Länder“ erst ab dem 14. Oktober 1990 installiert. Somit konnten die „neuen Länder“ der DDR am 14. Oktober 1990 nicht dem Geltungsbereich des Grundgesetzes für die BRD beitreten!
2. Es liegt ein eklatanter Verstoß gegen die Verfassung der DDR vor, weil die DDR-Verfassung keinen Beitritt der DDR zur BRD vorsah und eine Verfassungsänderung nicht erfolgte!
3. Auch eine zwingend notwendige Volksbefragung/ Volksabstimmung (Referendum) zum Beitritt der DDR zur BRD wurde unterlassen. Stattdessen erfolgten Parteiwahlen.
4. Darüber hinaus erfolgte auch noch eine Urkundenfälschung durch Dr. Reinhard Höppner im „Einigungsvertrag“ durch nachträgliche handschriftliche Manipulation: „...Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik“!
5. Durch die BRD-Staatstäuschung/ Deutschland-Identitätsdiebstahl, die nicht erfolgte Entnazifizierung und die Remilitarisierung auf deutschem Boden liegt ein genereller Verstoß gegen das bis heute rechtsgültige Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 vor! Damit ist gemäß Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention (WVRK) vom 23. Mai 1969 auch das sog. „Völkergewohnheitsrecht“ ausgeschlossen!

Ergebnis:

Die DDR existiert völkerrechtlich weiter fort ist aber gegenwärtig von der feindlichen BRD besetzt, ausgeplündert und materiell zerstört handlungsunfähig!

wikipedia.org/wiki/Wiener Übereinkommen - Quelle:

https://de.wikipedia.org/wiki/Wiener_%C3%9Cbereinkommen_%C3%BCber_das_Recht_der_Vertr%C3%A4ge

Siehe Beweismaterial in „Die illegale Okkupation der DDR“ -

Quelle: <https://staatenlos.info/die-illegale-okkupation-der-ddr>

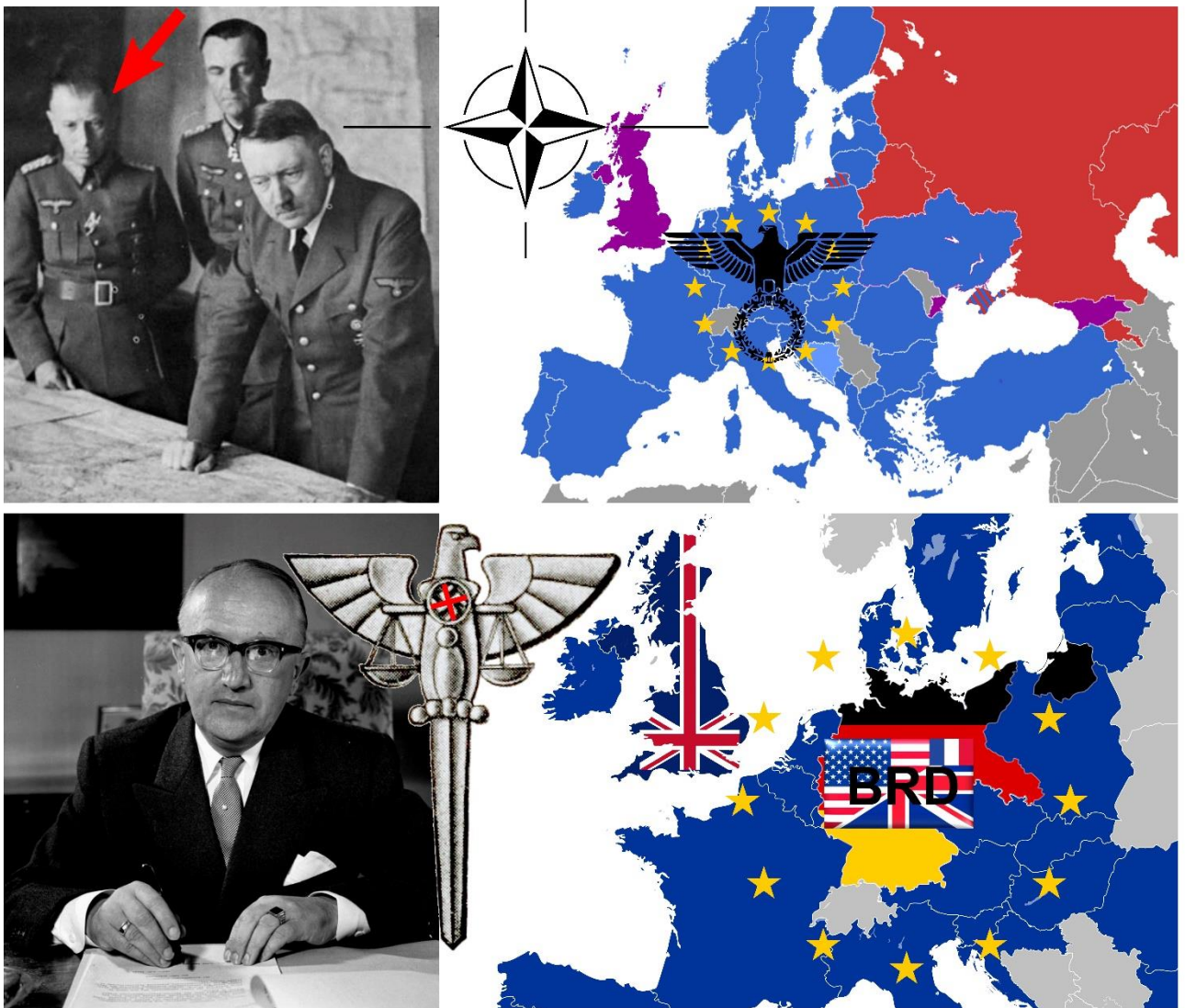
Beweis-Video „Betrug Deutsche Einheit 1990!“ - Quelle:

<https://odysee.com/@Dokumentationen:d/Betrug-Deutsche-Einheit-1990!:0>

Beweis-Dokumente:

- Erich Honecker und sein langes Ende!
- Die illegale Okkupation der DDR!
- Das Verfassungsmäßige Recht der DDR ist weiterhin gültig!
- Bundesgesetzblatt Teil II 1990 Nr.35 Kapitel III Art.9 vom 28.09.1990
- Bundesgesetzblatt Teil II 1990 Nr.35 vom 28.09.1990 Einigungsvertrag
- DDR-Gesetzblatt Teil 1 Nr. 64 28.09.1990 Artikel 18 Fortgelten gerichtlicher Entscheidungen
- Deutscher Bundestag der BRD - Umgang zur FDJ-Drucksache 192707
- Duldung der „Freien Deutschen Jugend“ FDJ und deren Gedankengut Bayerischer Landtag Drucksache 18-9579

Auf einen Blick: Deutschland und das angloamerikanische „BRD“-Besatzungsregime auf deutschen Boden im Jahr 2025:



Adolf Hitler, NATO-Generalsekretär Adolf Heusinger, BRD-Kanzleramtsminister und führender NSDAP-Jurist Walter Hallstein legten die Grundlagen für das faschistische Bündnis „Europäische Union“ – im Volksmund „Nazi-Europa“, das angloamerikanische BRD-Besatzungsregime und das britische Kriegsbündnis NATO!



Adobe Stock | #88915916

Adobe Stock | #402850424





BRD-Bundeswehr-Plakat „#Kämpfen Folge Deiner Berufung.“

Quelle: <https://www.rnd.de/kultur/kampfen-und-fuehren-bundeswehr-will-mit-neuer-plakat-kampagne-millennials-abgreifen-QXL5K64V3GG36S5G3JT4SR6QPA.html>



Quelle: <https://defence-industry.eu/german-defence-industry-giant-rheinmetall-boosts-profitability/>

Quelle: <https://meta-defense.fr/de/2024/07/04/Rheinmetall-und-Leonardo-KF51-panther/>

DER SPIEGEL

Nr. 21 | 18.5.2024

DEUTSCHLAND € 6,70



75 JAHRE BUNDESREPUBLIK

NICHTS GELERNT?

Abbildung € 7,50
Dänemark 18.5.2024
Frankreich € 11,90
Für Deutschland
Großbritannien € 12,20
Italien € 11,50
Kroatien € 12,40
Norwegen 18.5.2024
Österreich € 12,40
Portugal (inkl.) € 12,40
Schweiz inkl. 18.5.2024
Slowakei € 11,50
Spanien € 12,40
Tschechien 18.5.2024
Ungarn 18.5.2024
Printed in Germany

ANTON HOFREITER

Der Spiegel - epaper Ausgabe

KRIMINALITÄT

In Staatsanwälte an
r Justiz verzweifeln

LEBENSINN

Die Weisheit der
Sterbenden

Frage: „75 Jahre Bundesrepublik NICHTS GELERNT?“ Antwort: Nichts gelernt!

Quelle: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/75-jahre-bundesrepublik-deutschland-nichts-gelernt-a-c5495999-1acf-48f6-b52c-b02e4b4e57c8>

8. *Ergebnis des HOCH-VERRATs gegen die eigene Heimat:

Die von den maßgeblichen westlichen Geheimdiensten MI6, CIA und BND gesteuerten Putschisten („Reformbewegung“) in der DDR und dazu die „Signale“ aus der vom selben Tod-Feind infiltrierten Sowjetunion:

Die DDR-Bevölkerung hatte ihren Tod-Feind nicht erkennen wollen und ihre Heimat Deutsche Demokratische Republik aus niederen Beweggründen heraus schmähschlich verraten. Das Volk der DDR und deren Nachkommen haben sich ab 1990 mehrheitlich mit den Faschisten arrangiert, sind heute treue Diener der nazistisch- militaristischen BRD, des faschistischen Bündnis „Europäische Union“ („Nazi-Europa“) und dem NS-Kriegsbündnis NATO!

Durch Generationswechsel und 35 Jahre langer psychologischer Kampfführung hat sich diese DDR-Bevölkerung zu einer kapitalistisch- nazistischen, militaristischen Trägermasse degenerativ zurück entwickelt.

Die BRD-Bürger sind durch psychologische Kampfführung gegen sich selbst und die Allgemeinheit hochgefährliche geladene menschliche Psycho-Waffen.

In Folge dessen wurde das sogenannte „Deutschland“ der BRD zu einer Drehscheibe des Krieges und des Terrorismus gegen die gesamte Menschheit.

Die DDR- Bevölkerung und deren Nachkommen haben den Hochverrat an der DDR und vor allem den fortwährenden Verstoß gegen das Potsdamer Abkommen mit all den verheerenden Folgen für die Menschheit uneingeschränkt mitzuverantworten! Bei der Durchführung des Jalta-Potsdam-Systems sind damit auch alle Strukturen und Nachfolgeorganisationen der DDR, die mit der BRD kollaboriert haben, wegen Hochverrats an der DDR aufzulösen, deren ergaunertes Vermögen in das Volkseigentum zu überführen und alle verantwortlichen Personenkreise zur Verantwortung zu ziehen.

Die zwingend notwendige Entnazifizierung und Entmilitarisierung der heutigen BRD-Bürger beinhaltet insbesondere deren geistige Entwaffnung und ist ein langwieriger Jahrhundert-Prozess! Bisher 33 Millionen Kriegsoffer, unermessliches Leid und Verwüstungen ab 1945 gebieten die konsequent- gründliche und nachhaltige Durchführung des unverhandelbaren Potsdamer Abkommens auf deutschem Boden!



Die Vergangenheit wiederholt sich- diesmal gründlich!



9. Was bedeutet Entnazifizierung?

Die für eine erfolgreiche Befreiung zwingend notwendige „Stunde Null“!

„Der Ausdruck **Stunde Null** stammt ursprünglich aus der Planungssprache von Organisationen, klassisch des Militärs. Er bezeichnet allgemein die ausschlaggebende Uhrzeit, zu der eine neuartige Ereigniskette abzulaufen beginnt. (...) Mit dem Schlagwort **Stunde Null** wird gemeint, dass die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht, die damit einhergehende Zerschlagung des NS-Staates und großflächige Zerstörung von Städten, Wirtschaftsbetrieben und Infrastruktur einen radikalen und vollständigen Umbruch der deutschen Gesellschaft mit sich gebracht hätte, sodass es keine Kontinuitäten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Vorgängerstaaten gegeben hätte.[3] Durch den Verlust der Selbstbestimmung des deutschen Volkes unter der Militärbesatzung ab 1945 habe auch die (alte) deutsche Gesellschaft aufgehört zu existieren, ihre alten Werte seien damals sämtlich als widerlegt empfunden worden. So habe eine Tabula-rasa-Situation geherrscht, von der ab „alles“ habe neu entwickelt werden müssen. Verschiedene Autoren kritisierten, dass diese Chance zum Neubeginn von null in den Jahren der Besatzung und der Ära Adenauer nicht genutzt worden sei: Stattdessen seien in einer Epoche der Restauration die kapitalistischen Verhältnisse, die zum Faschismus geführt hätten,[4] oder ein für die erste Jahrhunderthälfte charakteristisches „frömmelndes Christentum“ wiederhergestellt worden.[5] Dieser These ist weithin widersprochen worden. So sprach Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 davon, dass es keine „Stunde Null“ gegeben habe, sondern lediglich einen „Neubeginn“.[6] Die Mentalität der deutschen Gesellschaft habe sich nur langsam und nur teilweise innovativ geändert. Wie der Kulturhistoriker Bernd Hüppauf betont, gab es auch in der Literaturgeschichte keine Stunde Null. Zwar betonten viele deutsche Schriftsteller das angeblich radikal Neue ihres Schreibens in der Trümmerliteratur nach 1945, doch überwogen auch hier noch die Gemeinsamkeiten mit den Jahren davor gegenüber den Unterschieden. Statt des absoluten Begriffes Stunde Null solle man daher besser differenziert von Kontinuitäten und Wandel schreiben.[7] Laut der Philosophin Steffi Hobuß diene der „Mythos ‚Stunde Null‘“ dazu, die Kontinuität der Funktionseliten von der NS-Zeit in die Bundesrepublik zu verschleiern: Das Täterkollektiv habe damit so tun wollen, „als sei nun alles anders“. (...)“ Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Stunde_Null

Ergebnis:

Weil es 1945 in Deutschland in der Wirklichkeit statt einer „Stunde Null“ nur eine Modernisierung des von der BRD kontinuierlich fortgeführten Nationalsozialismus gegeben hatte, konnten sich der satanische Faschismus, Nazismus und Militarismus bis heute in Europa über die monopolkapitalistische Wirtschaft völlig ungestört entfalten und letztendlich die Weltherrschaft in Form einer „regelbasierten Ordnung“ des „kollektiven Westens“ übernehmen!

Notwendigkeit:

Eine wirkliche „Stunde Null“ bedeutet im Rahmen der Entnazifizierung eine in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Reform – vergleichbar mit einer „Kulturrevolution“ mit dem Ziel der Wiederherstellung der Kulturpfeiler der Deutschen und europäischen Völker! Darum ist die konsequent vollständige Zerschlagung des monopolkapitalistischen, nazistischen und militaristischen BRD-Gesellschaftssystems auf allen Ebenen zwingend geboten!

Rechtsgrundlagen der Entnazifizierung:

"Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 139:

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt." Quelle: <https://dejure.org/gesetze/GG/139.html>

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin

2. August 1945 1 allgemein unter der Bezeichnung «Potsdamer Abkommen» bekannt (d. Hrsg.).

Teil III Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.** Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet: Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muss:

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

2. Soweit dies praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind: (I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. (...)

Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Gräueltaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflussreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken. (...)

9. Die Verwaltung Deutschlands muss in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden.

Zu diesem Zwecke: (...)

(IV) Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein. (...)

IX Polen (...) b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt: (...) Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, dass **bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen** und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen. (...)

Textauszüge-Quelle: 1975 Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980
VLN 610 DDR LSV 0436 Lektor: Brigitte Schiek Einbandgestaltung: Hans Döhmel
Typografie: Rosemarie Lebek Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik
(Rollensetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP 10,00 Mark

Entsprechend der völkerrechtlich-verbindlichen Beschlüsse der Alliierten Mächte vom 02.08.1945 wurde die Entnazifizierung Deutschlands = des Deutschen Reiches gesetzlich zu Wege gebracht. Zitat: „**SHAEF-Gesetz Nr.1 Artikel III Allgemeine Auslegungsvorschriften 4. Die Auslegung oder Anwendung Deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wo oder wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!**“ Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

Jalta-Potsdam-System - das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945:

„1. Einsatz einer geeigneten Regierung für den handlungsunfähigen Staat

Deutschland - Original-Wortlaut - Zitat:

Teil II Rat der Außenminister der alliierten Mächte

„Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung (...). Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika (...).

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen (...).

Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“ Quelle: <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/bilder/potsdamerabkommen.pdf>

Teil IX (Teil 9):

„Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

Die Häupter der drei Regierung bekräftigen ihre Auffassung, dass **die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt** werden soll.“ Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

2. Die völkerrechtliche Bedeutung der Entnazifizierung:

Die hohen Ziele der Beschlüsse vom 2. August 1945 und die damit verbundene Beendigung des Kriegszustandes mit „Nazi-Deutschland“ sind bis heute in Vergessenheit geraten!

Zitat: „Das Potsdamer Abkommen enthielt als verbindliche Festlegungen vor allem: **völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges** (...) Die **konsequente Erfüllung des Potsdamer Abkommens** entsprach voll und ganz den Lebensinteressen aller Völker, darunter auch des deutschen Volkes selbst. Die konkrete Verwirklichung der Forderungen, die es mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit gestellt hatte, **musste dabei Aufgabe des deutschen Volkes selbst sein**. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird vielfach die Ansicht vertreten, die weitere Entwicklung, die in der sowjetischen Besatzungszone und in den drei westlichen Besatzungszonen diametral verlaufen ist, wäre 1945 bereits vorausbestimmt gewesen. Diese These hält jedoch einer Überprüfung nicht stand. **So gab es in der ersten Zeit bis hin zum Jahre 1947 eine ganze Reihe von Gesetzen und Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates, die auf die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens hinzielten und den Weg zu einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung förderten.**“ - Quelle: ©

1975 by Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980 VLN 610 DDR LSV 0436 Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP

Quelle: https://ulis-buecherecke.ch/pdf_neben_dem_krieg/potsdamer_abkommen.pdf

Entnazifizierung bedeutet die vollständige Ausrottung des Nationalsozialismus auf allen Ebenen, insbesondere staatsrechtlich-juristisch!

Die alliierten Siegermächte des „Zweiten Weltkrieges“ einschließlich die Russische Föderation als Rechtsnachfolger der alliierten Hauptsiegermacht UdSSR sind gemäß dem gültigen Potsdamer Abkommen Teil 1 bis 3 Deutschland verpflichtet, die Entnazifizierung der Deutschen durchzuführen!

Die völkerrechtliche Bedeutung der Entnazifizierung ist ein Vorgang in Bezug auf den Staat Deutschland und ein verbindlicher „politischer Grundsatz“:

Verweis - Zitat: „**Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.**“

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Original-Auszug aus dem Potsdamer Abkommen Teil III Deutschland

Zitat: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und **das deutsche Volk** fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und **denen es blind gehorcht hat**, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der **Krim-Deklaration über Deutschland**.

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

(...)

Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt - und zwar von jedem in seiner Besatzungszone - sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den **Deutschland als Ganzes** betreffenden Fragen. (...)

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

Quelle: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf

Weitere Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen Teil III Deutschland (Original-Wortlaut)

Zitat: „Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

(...)

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezial-mittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.

(II) Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden. (...)

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Die Kontrollratsdirektive Nr. 24

Zitat: „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen

vom 12. Januar 1946

geändert am 16. November 1946 (ABl. S. 228, ber. S. 287)

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch
Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK S. 3268)

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch
Beschuß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955

Der Kontrollrat erläßt die folgende Direktive:

1. Zweck und Ziel

Die Dreimächte-Konferenz in Berlin stellte als Ziel der Besetzung Deutschlands unter anderem fest: Die Entfernung aller Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ihr aktiv und nicht nur nominell angehört haben, und aller derjenigen Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen. **Diese sind durch solche Personen zu ersetzen, die nach ihrer politischen und moralischen Einstellung für fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu fördern.**“

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>

Ergebnis:

Das bis heute geltende Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (sog. "Befreiungsgesetz") als Möglichkeit für die Deutschen ihre Verantwortung zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens wahrzunehmen und bei der Entnazifizierung des eigenen Staates entscheidend mitzuwirken.

„Als der Alliierte Kontrollrat eine Direktive zur Entnazifizierung erließ

Das am 5. März 1946 in der amerikanischen Zone erlassene „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ bildete **den ernsthaften Versuch, die Entnazifizierung von über acht Millionen Parteimitgliedern in die Wege zu leiten** (...)

Am 12. Oktober 1946 erließen die Militärgouverneure der vier Besatzungszonen ihre „Kontrollratsdirektive Nr. 38“. (...)

Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/vor-75-jahren-als-der-alliierte-kontrollrat-eine-direktive-100.html>

Die Kontrollratsdirektive Nr. 38

Zitat: „Die Kontrollratsdirektive Nr. 38 war (IST!) eine vom Alliierten Kontrollrat am 12. Oktober 1946 erlassene Direktive zur Entnazifizierung in Deutschland. Sie betrifft laut ihrem Titel die „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und die Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“.[1]

In der amerikanischen Besatzungszone galt (GILT!) bereits seit dem 5. März 1946 das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (Befreiungsgesetz). Die Direktive Nr. 38 sollte nun einem einheitlichen Vorgehen in den vier Besatzungszonen dienen, insbesondere bei den Spruchkammerverfahren. Im Kern ging es darum, die im Befreiungsgesetz vorgenommene Einteilung der „Verantwortlichen“ in fünf Gruppen für alle Besatzungszonen allgemeinverbindlich zu machen.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Kontrollratsdirektive_Nr._38

Kontrollratsdirektive Nr. 38 zur Entnazifizierung der Deutschen:

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr. 38

Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen vom 12. Oktober 1946

Der Kontrollrat erläßt folgende Direktive:

Abschnitt I

1. Zweck.

Der Zweck dieser Direktive ist es, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen betreffend:

- a) die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt haben;**
- b) die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren;**
- c) die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können.**

2. Verweisungen:

- a) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (I) a;
- b) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (III);
- c) Potsdamer Abkommen, Art. 111, §5;
- d) Direktive Nr. 24 des Kontrollrats;
- e) Kontrollratsgesetz Nr. 10, Art. II. § 3 und Art. III, § 1 und 2.

3. Das Problem und die allgemeinen Grundsätze.

Zwecks Durchführung der in Potsdam aufgestellten Grundsätze wird es für notwendig erachtet, Kriegsverbrecher und Personen, die möglicherweise gefährlich werden können, in fünf Hauptgruppen einzuteilen und einer jeden Gruppe angemessene Strafen und Sühnemaßnahmen festzusetzen. (...)

Abschnitt II

Artikel 1. Gruppen der Verantwortlichen. Zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichkeit und zur Heranziehung zu Sühnemaßnahmen (ausgenommen in dem unten folgenden Falle 5) werden folgende Gruppen gebildet:

- 1. Hauptschuldige;**
- 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer);**
- 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe);**
- 4. Mitläufer;**
- 5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind. (...)**

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

Die Entnazifizierung und die Maßnahmen, jeden einzelnen Deutschen in der jeweiligen Besatzungszone in die Verantwortung zu ziehen, wurde in der westalliierten „Trizone“ ab 1949 vorsätzlich abgebrochen bzw. nicht eingeleitet!

Ab 1955 wurden die Maßnahmen zur Entnazifizierung in den vier Besatzungszonen lediglich „außer Wirkung“ gesetzt, aber nicht aufgehoben!

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK S. 3268) für die DDR außer Wirkung gesetzt durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955 (...)“ Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

**Diese Direktive ist zwar gültig, muss aber wieder in Wirkung gesetzt werden!
Das betrifft alle Rechtsgrundlagen, wie Gesetze, Direktiven und Verordnungen zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung des weiter existierenden „Nazi-Deutschlands“!**

Die komplette Direktive:

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

vom 5. März 1946

geändert durch

Gesetz Nr. 902 vom 23. Oktober 1947 (RegBl. S. 119)

Gesetz Nr. 922 vom 29. März 1948 (RegBl. S. 58)

Gesetz Nr. 923 vom 31. März 1948 (RegBl. S. 58)

1. Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört.

Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerlässliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau.

2. Während der vergangenen Monate, die der Kapitulation folgten, hat die amerikanische Militärregierung die Entfernung und den Ausschluß von Nationalsozialisten und Militaristen aus der Verwaltung und anderen Stellen durchgeführt.

3. Der Kontrollrat hat am 12. Januar 1946 für ganz Deutschland Richtlinien für diese Entfernung und den Ausschluß in der Anweisung Nr. 24 aufgestellt, die für die deutschen Regierungen und für das deutsche Volk verbindlich sind.

4. Das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung einschließlich seiner ersten Ausführungs-Verordnung hat die Befreiung auf das Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ausgedehnt und das Vorstellungsverfahren durch deutsche Prüfungsausschüsse eingeführt.

5. **Die Amerikanische Militärregierung hat nunmehr entschieden, daß das deutsche Volk die Verantwortung für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus auf allen Gebieten mitübernehmen kann.** Der Erfüllung der damit dem deutschen Volk übertragenen Aufgabe dient dieses Gesetz, das sich im Rahmen der Anweisung Nr. 24 des Kontrollrates hält.

Das komplette Gesetz

Quelle: <https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-baden/befreiungsgesetz46.htm>

Zitat Potsdamer Abkommen 2. August 1945:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen.

Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

In allen vier Besatzungszonen wurden zusätzlich Beschlüsse zur Enteignung und völligen Entmachtung des faschistischen Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer angenommen. Beispiel Aufhebung faschistischer Gesetze SMAD-Befehl Nr. 79 vom 27.09.1945

Quelle: <https://www.reichsgesetzblatt.de/D/ABI-SU/1945/haupt.htm>

Quelle: https://www.gvooon.de/art/dokumente/1945/befehle-sowjetische-militaerverwaltung-deutschland-1945/pdf/befehle-sowjetische-militaerverwaltung-deutschland-1945-seite_44.pdf

Gesetz Nr. 52 s. 133-139.pdf

„MILITÄRREGIERUNG — DEUTSCHLAND
KONTROLLGEBIET DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS

*** Gesetz Nr. 52**

SPERRE UND BEAUFSICHTIGUNG VON VERMÖGEN

ARTIKEL I

Arten von Vermögen

1. Vermögen, das direkt oder indirekt, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter der Kontrolle der folgenden Personen steht, unterliegt hinsichtlich Besitz und Eigentumsrecht der Beschlagnahme sowie der Weisung, der Verwaltung, der Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der Militärregierung:

(a) Das Deutsche Reich oder eines seiner Länder, Gaue oder Provinzen oder eine andere gleichartige politische Unterabteilung, Amtsstelle, Behörde oder Verwaltung, gemeinwirtschaftliche Nutzungsbetriebe, Unternehmungen, öffentliche Körperschaften oder Monopole, die durch das Reich, Länder, Gaue oder eine der sonstigen Verwaltungen oder Behörden der vorgenannten Art kontrolliert werden;

(b) Regierungen und Staatsangehörige sowie Einwohner von anderen Staaten, die mit einem Mitglied der Vereinigten Nationen zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem 1. September 1939 im Kriegszustande sich befanden, einschließlich Regierungen und Staatsangehörige sowie Einwohner von Staaten, deren Gebiete von einem Staate der erstgenannten Art besetzt sind;

(c) die NSDAP, deren Ämter, Abteilungen, Stellen oder Organisationen, die zur NSDAP gehören, der NSDAP angeschlossen sind oder von ihr betreut werden; deren Beamte sowie die leitenden Mitglieder oder Gönner der NSDAP, deren Namen von der Militärregierung bekanntgemacht werden;

(d) alle Personen, die von der Militärregierung in Haft genommen sind oder sonstwie in Verwahrung gehalten werden;

(e) alle Organisationen, Klubs oder andere Vereinigungen, die von der Militärregierung verboten oder aufgelöst sind;

(f) abwesende Eigentümer einschließlich der Regierungen der Vereinigten Nationen und deren Staatsangehörige;

(g) alle anderen Personen, deren Namen in von der Militärregierung veröffentlichten Listen oder auf andere Weise bezeichnet worden sind.

2. Der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung und Aufsicht oder sonstigen Ausübung von Zwang verfügt worden ist, oder das dem berechtigten Eigentümer oder Besitzer unrechtmäßig, wenn auch unter dem Vorwande eines Rechtssatzes, einer gesetzlichen Verfahrensnorm oder aus einem sonstigen Grunde entzogen worden ist, oder das in Gebieten außerhalb Deutschlands geplündert oder erbeutet worden ist.

Neufassung vom 20. Juli 1945 s. unter C!“

Quelle: https://www.gvoon.de/art/dokumente/1947/recht-besatzungsmacht-deutschland-1947/pdf/recht-besatzungsmacht-deutschland-1947-seite_133.pdf



Verordnung „Deutsche Staatsangehörigkeit der NSDAP vom 5.02.1934
 Artikel 5 Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I. S. 75)
 Dazu SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III

Zitat: „(...) **Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!** (...)“ - SHAEF-Gesetz_1-161 **Bundesrepublik Treuhandverwaltung in Deutschland** - Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

„**Das Potsdamer Abkommen enthält als verbindliche Festlegungen vor allem:** völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, **Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges**, (...)“

III Deutschland B. Wirtschaftliche Grundsätze

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

Quelle: <https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627419#page/19/mode/1up>

„In allen vier Zonen wurden Beschlüsse zur Enteignung und völligen Entmachtung des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer angenommen.“

© 1975 by Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980

Quelle: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf

Befreiungsgesetz Artikel 139 Grundgesetz für die BRD:

Artikel 139 des **Grundgesetzes** (GG) besagt, dass die Gesetze, die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassen wurden, von den Bestimmungen des Grundgesetzes unberührt bleiben. Dies bedeutet, dass diese spezifischen Gesetze, die während der Nachkriegszeit erlassen wurden, um die NS-Zeit aufzuarbeiten und eine Wiederholung zu verhindern, weiterhin gültig sind, auch wenn sie nicht explizit im Grundgesetz erwähnt werden.

Erläuterung:

- **Hintergrund:**

Artikel 139 ist eine Übergangsbestimmung, die sicherstellen sollte, dass die Rechtsvorschriften, die zur Entnazifizierung und zur Bekämpfung des Militarismus erlassen wurden, nicht durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden.

- **Zweck:**

Ziel dieser Regelung war es, die Aufarbeitung der NS-Zeit und die Überwindung des Militarismus zu gewährleisten, indem die entsprechenden Gesetze und Verordnungen weiter galten.

- **Bedeutung:**

Artikel 139 sichert den Fortbestand von Gesetzen, die z.B. die Entlassung von Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Dienst oder die Auflösung bestimmter Organisationen regelten.

- **Abgrenzung:**

Diese Gesetze sind von anderen Bestimmungen des Grundgesetzes zu unterscheiden, die allgemeine Regelungen für den Beamtenapparat oder andere Bereiche des öffentlichen Lebens betreffen.

Beispiele:

- **Entnazifizierungsgesetze:**

Die Länder erließen Gesetze zur Entnazifizierung, die die Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und die Überprüfung ihrer Verstrickung in das NS-Regime regelten.

- **Besatzungsrecht:**

Auch Regelungen des Besatzungsrechts, die im Zusammenhang mit der Entnazifizierung erlassen wurden, bleiben durch Artikel 139 geschützt.

Aktuelle Bedeutung: Obwohl die meisten dieser Gesetze in der Zwischenzeit durch neuere Gesetze ersetzt oder angepasst wurden, hat Artikel 139 eine wichtige symbolische Bedeutung. Er erinnert daran, dass die Aufarbeitung der NS-Zeit und die Überwindung des Militarismus zentrale Ziele der Nachkriegsordnung waren und dass diese Ziele durch das Grundgesetz geschützt werden.

Übersicht der KI auf Google 09.08.2025

10. Ergebnis zur Durchführung der Beschlüsse aus Potsdam und Jalta:

Durch die nicht erfolgte Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands hat sich der heutige BRD- Bürger zu einer hochgefährlichen Waffe gegen sich selbst und das gesamte Leben entwickelt.

Dabei spielt der satanische Kapitalismus als Nährboden des Nazismus und Militarismus die ausschlaggebende Rolle und wirkt wie eine Droge auf die abhängig-verklavten Menschen.

Daher muss das Jalta-Potsdam-System gründlich mit aller Konsequenz vergleichbar wie mit einem „kalten Entzug“ von Drogenabhängigen durchgeführt werden.

Die Entnazifizierung bedeutet die Beseitigung der nationalsozialistischen „Deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar 1934 einschließlich aller NS-Gesetze Rechtsinhalte und Auslegungen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden!

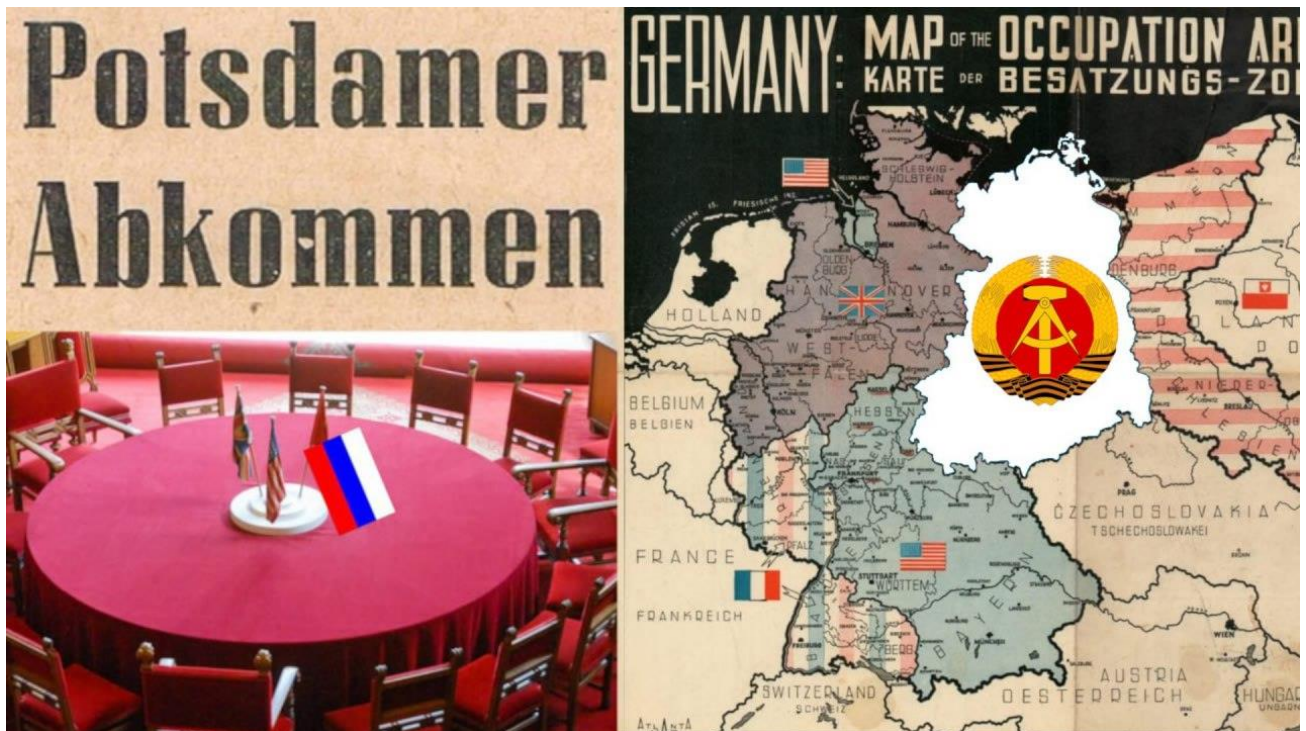
Dazu kommt die geistige Entnazifizierung und Entmilitarisierung aller BRD-Bürger durch eine generationsübergreifende demokratische Umerziehung („Reeducation“). Gleichzeitig findet eine allumfassende, tiefgründige gesellschaftliche Reform („Kulturrevolution“) mit Rückkehr in die traditionelle Wertebasierte natürlich- göttliche Ordnung statt!

Die Demokratisierung von Deutschland bedeutet völkerrechtlich und gesellschaftlich die Errichtung der Volksherrschaft (Volksdemokratie) mittels der neuen Deutschen Demokratische Republik (DDR), die einhergehende Entnazifizierung mit konsequent endgültiger Ausrottung des Nazismus und Militarismus, die völlige Zerschlagung des faschistischen Monopolkapitalismus als den Nährboden des satanischen Nazismus, Militarismus und die Rückführung aller entwurzelten BRD-Menschen in ihre Heimat!



„Potsdamer Abkommen – Erkenne Dich selbst!“ („Temet Nosce“)

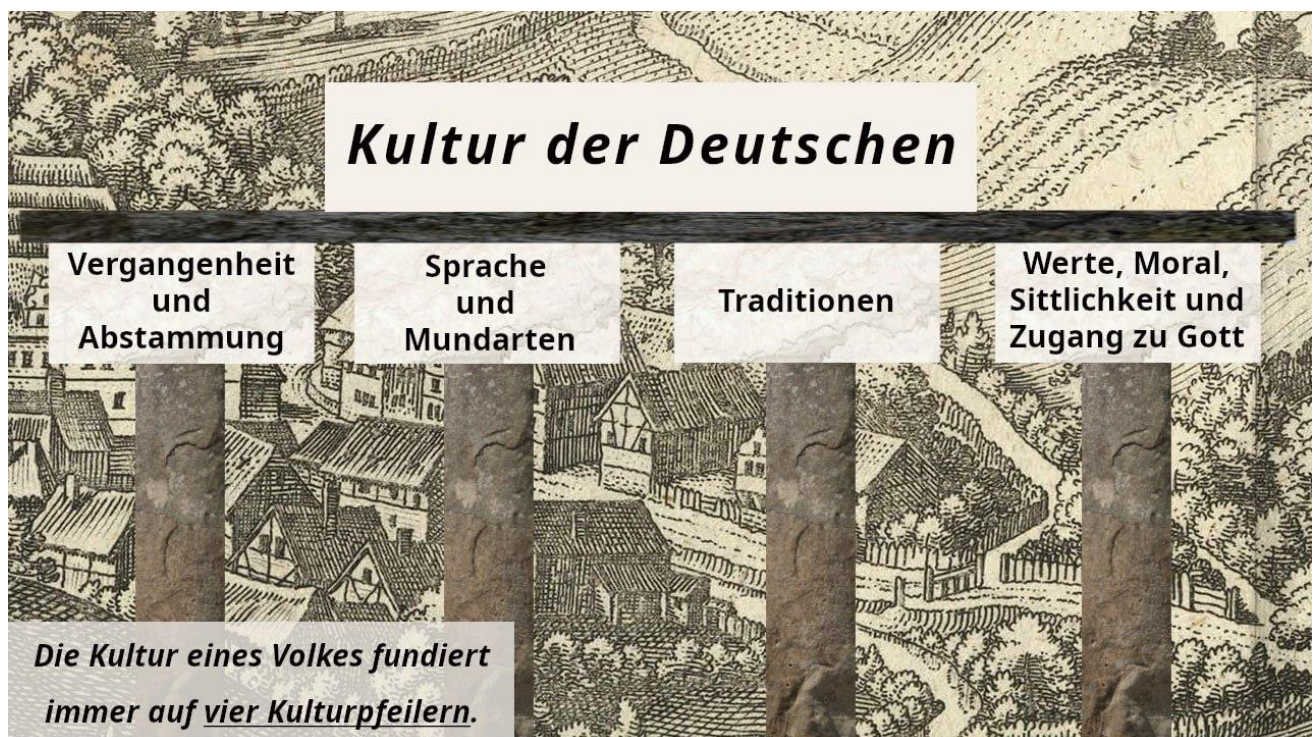
Die Demokratisierung von Deutschland in Bildern:



1. Staatsangehörigkeit DDR mit jeweiliger Angehörigkeit in einem Land der DDR für die ethnisch- indigenen Deutschen!



2. Wiederherstellung/ Reform „Kultur der Deutschen! Vergangenheit und Abstammung, Sprache und Mundarten, Traditionen; Werte, Moral, Sittlichkeit und Zugang zu Gott. Die Kultur eines Volkes fundiert immer auf vier Kulturpfeilern.“



Das bedeutet das endgültige Ende der heutigen Nazi-Diktatur!



Konsequente, endgültige Zerschlagung des faschistischen Monopolkapitalismus als Nährboden des satanischen Nazismus und Militarismus!

„Das Potsdamer Abkommen enthält als verbindliche Festlegungen vor allem: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, **Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges, (...)**“

III Deutschland B. Wirtschaftliche Grundsätze

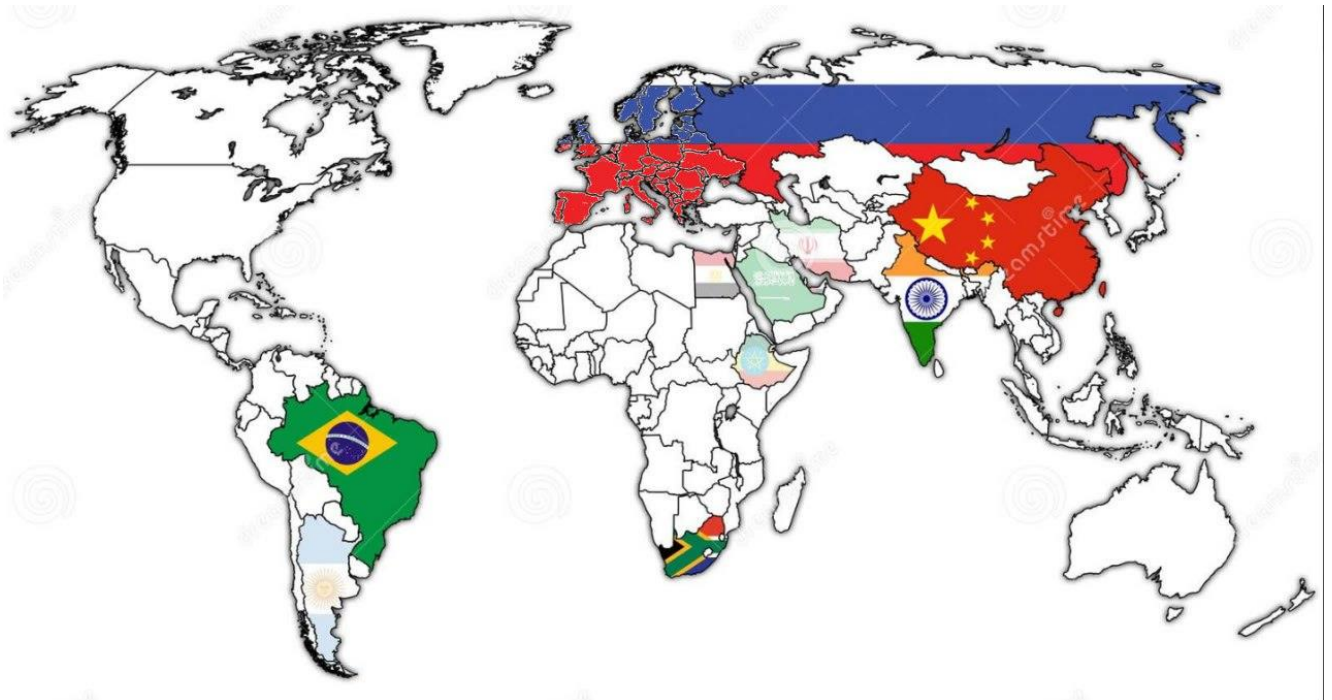
12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

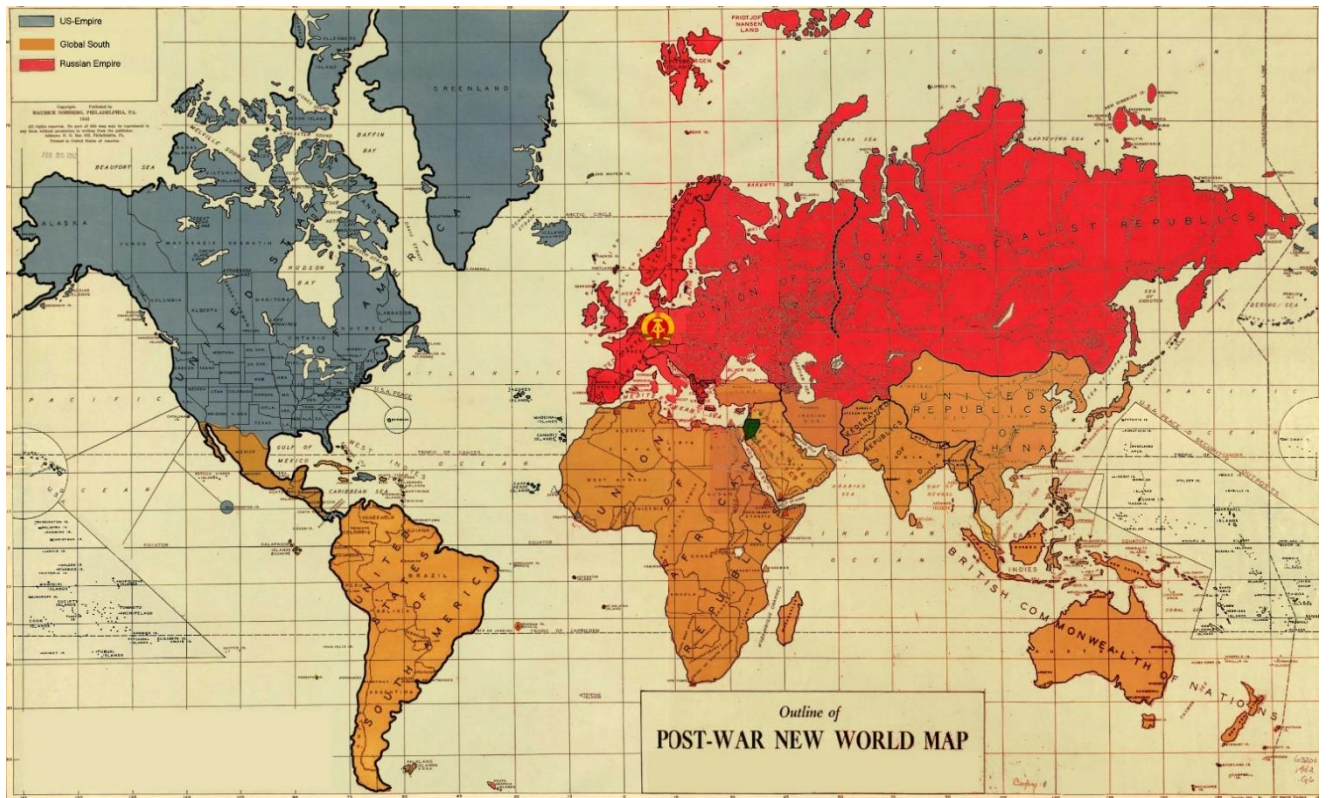
Quelle: <https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627419#page/19/mode/1up>

11. Die neue Deutsche Demokratische Republik!



12. Die Neue Welt-Ordnung des göttlichen Friedens!





13. DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE KULTURREVOLUTION!

Die Zerstörung des alten Bösen gebiert das neue Gute!



Reformer Rüdiger Hoffmann – Heimat ist ein Paradies!



Zurück in die natürlich-göttliche Ordnung = zurück zum wahren Leben!



Natur- und Lebensfreude!





Diese Dokumentation basiert auf dem neusten Forschungsstand!
Ergänzungen und Korrekturen sind auf Grund der dynamischen Prozesse und fehlender
Informationen ausdrücklich vorbehalten!

Forschungsstand: 23. August 2025